Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung

52. Jahrg. Castroper Zeitung
Rauxeler Neueste Nachrichten
Bladenhorster Tageblatt

Der Stadtanzeiger erscheint wochentäglich und kostet wöchentlich 0.60 RM frei Haus, durch die Post 2.50 RM monatlich. — Ersatzansprüche können nicht berücksichtigt werden, falls durch höhere Gewalt oder Streiks Störungen im Erscheinen entstehen. Rotationsdruck und Verlag: Geschwister Schmitz, Castrop-Rauxel. Verantwortlicher Schriftleiter: Franz Josef Bruns. Castrop-Rauxel. Postscheckkonto: 18996 Dortmund. Fernruf 6 u. 7 Castrop-Rauxel.

Anzeigenpreis: 1 mm hoch und 25 mm breit 8 Pf. auswärtige, amtliche und finanzielle Anzeigen 10 Pf. Familien-Anzeigen 6 Pf. Reklamen 1 mm hoch und 72 mm breit 40 Pf. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden — Etwa gewährter Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. — Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr nachmittags.

Amtliches Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund und für die Stadt Castrop-Rauxel
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop-Rauxel erhalten nach Veröffentlichung rechtsverbindliche Kraft

Nr. 133 — **Freitag, den 11. Juni** — **1926**

Fürstenabfindung und Hindenburg-Brief vor dem Reichstag

Die Begründung des Kompromisses durch den Kanzler / Die Erklärung der Regierungsparteien / Angriffe der Abg. Müller-Franken und Dr. Rosenfeld auf Hindenburg Marx zum Hindenburg-Brief / Tumultszenen / Annahme des deutsch-russischen Vertrages

Deutscher Reichstag

Berlin, 10. Juni. Die Regierung hat heute mit einer Erklärung des Reichskanzlers Marx vor dem Reichstag den Entwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern eingebracht. Die Ausführungen des Reichskanzlers waren kurz und klar. Das Enteignungsgesetz wird entschieden abgelehnt und eine energische Initiative zur Verabschiedung des Regierungsentwurfes angekündigt. Die politische Bedeutung der Kanzlererklärung liegt in dem Satz, daß die Regierung sich nicht scheuen werde, bei Ablehnung ihres Entwurfs die Konsequenzen zu ziehen. Sie würden also bereit sein, den Reichstag aufzulösen. Auch die Regierungsparteien gaben eine kurze Erklärung ab. Für sie sprach der Zentrumsabgeordnete v. Guerard. Es werden die Grundsätze herausgestellt, von denen sich die Regierungsparteien bei ihrer Stellung zur Fürstenabfindung leiten lassen. Die Initiative der Regierung wird begrüßt und es wird bekräftigt, daß auch die Regierungsparteien alles einsetzen werden, um eine gesetzliche Regelung herbeizuführen.

Bis dahin verliefen die Verhandlungen, abgesehen von einigen Zwischenrufen, ruhig. Erst bei der Erklärung des Abg. Müller-Franken wurde es lebhafter im Hause. Nach kurzen einleitenden Worten zur Regierungsvorlage wandte sich Hermann Müller dem Hindenburgbrief zu, den er im Namen der sozialdemokratischen Fraktion aufs schärfste verurteilte. Er machte dem Reichspräsidenten den Vorwurf der Verfassungsverletzung.

Außerordentlich stürmisch wird es bei einem kommunistischen Zwischenruf, der gegen den Reichspräsidenten gerichtet ist. Die Rechte begehrt in minutenlangem Widerspruch auf. Endlich verschafft der Präsident Ruhe. Dann erhebt sich der Reichskanzler, um nach den Ausführungen von Hermann Müller sofort für die Regierung Stellung zu nehmen. Dr. Marx verwahrt den Reichspräsidenten gegen den Vorwurf des Wortbruches und widerlegt die Behauptung Müllers, daß der Reichspräsident sich mit seinem Schreiben nicht im Rahmen der Verfassung gehalten habe. Die Sitzung nimmt dann mit einer Erklärung der Deutschnationalen ihren Fortgang.

*

Die Verhandlungen beginnen mit der

Erklärung des Reichskanzlers

Reichskanzler Marx führt aus:

Der vorliegende Gesetzentwurf entspringt dem Versuch des Reichstages, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den früher regierenden Fürstenhäusern durch Initiativgesetz herbeizuführen. Die Regierung hat dieses gesetzgeberische Vorgehen von vornherein begrüßt und hat es in allen Phasen seiner Entwicklung mit Nachdruck unterstützt. Sie hat in eingehenden Verhandlungen die Regierungsparteien auf den Boden eines Kompromißgesetzentwurfes zusammengeführt und bei Verfassung des Vorwurfes weitgehendst mitgewirkt. Sie hat schließlich, um über das Stadium der Ausschußberatungen hinaus zu positiven und praktischen Gesetzgebungsresultaten zu kommen, von sich aus den heute vorliegenden Gesetzentwurf beim Reichsrat eingebracht. Der Reichsrat hat diesen Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit angenommen. Die Reichsregierung legt entscheidenden Wert darauf, daß auf der Grundlage des jetzt zur Beratung stehenden Gesetzentwurfs eine befriedigende Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstenhäusern gefunden wird. Der Gesetzentwurf, der dem bevorstehenden Volksentscheid zugrunde liegt, ist nach Auffassung der Reichsregierung keine solche annehmbare Lösung. Die grundlegenden Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung in der Nachkriegszeit eingetreten sind, konnten die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern nicht unberührt lassen.

Nach der verfassungsmäßigen Ueberwindung der Revolution müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unversehrt bleiben. Zu ihnen gehören: Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und

Unantastbarkeit des Privateigentums

Die im Volksbegehren verlangte entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser ist unvereinbar mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates. Demgegenüber hält die Regierung vor allem an den verfassungsmäßigen Grundlagen fest, ohne die politischen und gesetzgeberischen Notwendigkeiten außer acht zu lassen, die sich aus dem Wegfall der staatlichen Hoheitsstellung der Fürsten und aus der durch Krieg u. Inflation hervorgerufenen allgemeinen Volksverarmung ergeben.

Die Auffassung der Reichsregierung, daß der vorliegende Gesetzentwurf eine befriedigende Lösung des Auseinandersetzungsproblems darstellt, wird von den Staatsregierungen der an der Lösung dieser Frage in erster Linie beteiligten Länder, insbesondere von der Preußens und Thüringens geteilt. Die Reichsregierung ist des weiteren aber auch der Auffassung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den dringenden Wunsch und den Anspruch hat, daß der Reichstag eine gesetzgeberische Lösung seinerseits findet.

Sie hält es deswegen für ein innerpolitisches Gebot, das Gesetz über dessen Einzelheiten monatelang in der eingehendsten Weise beraten worden ist, nunmehr mit aller nur möglichen

Beschleunigung zu verabschieden.

Die Reichsregierung möchte dabei keinen Zweifel lassen, daß es durchaus irrig sein würde anzunehmen, daß sie nach einem verneinenden Ergebnis des Volksentscheides von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen könnte. Die Reichsregierung wird alsdann mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung im Geiste der Vorlage dringen und würde die ihr geboten erscheinende Konsequenz nicht scheuen, falls sich im Reichstag endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte.

Abg. v. Guerard

im Namen der Regierungsparteien:

Die Regierungsparteien haben Ende April den Gesetzentwurf über Enteignung der Fürstenvermögen, der jetzt dem Volksentscheid unterliegt, einmütig abgelehnt. Sie haben aber niemals verkannt, daß eine vernünftige gesetzliche Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Fürstenhäusern und Ländern unbedingt erforderlich ist. Dieser Auffassung entsprechend sind die Regierungsparteien dauernd tätig gewesen, seitdem die Frage an den Reichstag herantrat. Ihre Arbeit hat in einem vereinbarten Gesetzentwurf ihren Ausdruck gefunden, dessen Inhalt die Reichsregierung zur Grundlage des zur Beratung stehenden Gesetzentwurfs gemacht hat.

Die Regierungsparteien begrüßen die heutige Erklärung der Reichsregierung und nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Regierung gewillt ist, mit dem vollen Einsatz ihrer Verantwortlichkeit auf die Verabschiedung dieses Gesetzes hinzuwirken.

Angesichts der Tatsache, daß im Lande befürchtet wird, im Falle der Ablehnung des Volksentscheids werde jede reichsgesetzliche Regelung scheitern, wollen die Regierungsparteien keinen Zweifel darüber lassen, daß sie den Erlaß eines die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Ländern und den Fürstenhäusern regelnden Gesetzes für unbedingt notwendig erachten.

Sie erklären mit nachdrücklichstem Ernst, daß sie alles daransetzen werden, den vorliegenden Gesetzentwurf in allen wesentlichen Bestandteilen zur Annahme zu bringen. In ihm soll ein Gesetz geschaffen werden, das der veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstenhäuser entspricht. Das Gesetz wird den Fürsten nur das Vermögen belassen, welches sie als

unzweifelhaftes Privateigentum

erworben haben. Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Ländern soll zugeteilt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgesundheit Anspruch haben. Den Fürsten wird keine bessere Aufwertung zuteil als anderen Staatsbürgern. Anderseits werden die Fürsten auch nicht, wie es der Volksentscheid will, außerhalb der Grundrechte gestellt, auf die jeder Deutsche Anspruch hat.

Die Regierungsparteien geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß der Reichstag sich der Notwendigkeit, ein solches Gesetz zur Verabschiedung zu bringen, nicht verschließen wird.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

Meine Fraktion hält es nicht für nötig, heute noch zur Beratung der Vorlage längere Reden zu halten. Der Redner meiner Fraktion, Scheidemann, Dr. Rosenfeld und Saenger, haben bei früheren Gelegenheiten das Thema eingehend behandelt. (Unruhe und Zurufe rechts und bei den Völkischen.) Der Reichskanzler hat behauptet, und ebenso lautete es in der Erklärung der Regierungsparteien, daß der Gesetzentwurf, der dem Volksentscheid zugrundeliegt, den Grundsätzen des Rechtsstaates widerspricht. (Sehr wahr! rechts.) Die Redner meiner Fraktion haben früher bereits darauf hingewiesen, daß die Verfassung ausdrücklich eine entschädigungslose Verfassung ausdrücklich eine entschädigungslose Enteignung kennt und daß der in der Verfassung vorgesehene Fall hier durchaus gegeben ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Im übrigen haben Sie gehört, daß die Reichsregierung Wert darauf legt, daß das Gesetz baldigst verabschiedet wird. Daß es vor dem 20. Juni nicht verabschiedet wird, ist sicher. Zunächst hat das deutsche Volk das Wort. Die Verhandlungen im Rechtsausschuß hängen entscheidend von dem ab, was das deutsche Volk beschließen wird. Meine Fraktion hätte deshalb vielleicht sogar in der jetzigen Lage auf neue Erklärungen verzichten können, wenn sich nicht eine neue Tatsache ereignet hätte: die

Veröffentlichung des Hindenburgbriefes

durch Herrn v. Loebell. Es ist eine reine Spiegelfechterei, wenn man behauptet, daß es nur ein Privatbrief sei. (Sehr wahr! links). Die Angelegenheit ist von höchster politischer Bedeutung. Wenn ein Mann wie Hindenburg einen Brief schreibt, der in Millionen von Exemplaren verbreitet wird, so ist das kein Privatbrief. Es ist auch gar kein Zweifel, daß Herr v. Loebell garnicht beabsichtigt hat, einen privaten Briefwechsel zu eröffnen, daß es ihm vielmehr von vornherein darauf angekommen ist, weil der Reichspräsident verfassungsmäßige Bedenken hatte, auf dem Wege der Schiebung vorzugehen. (Unruhe rechts, lebhafte Zustimmung links.) Mit Herrn v. Loebell will ich mich im übrigen im einzelnen nicht weiter befassen, nachdem er als Fälscher u. Lügner öffentlich gestäupt worden ist. (Lebhafte Zustimmung links, große Unruhe rechts). Ich habe nicht gefunden, daß er den Mut aufgebracht hat, sein unqualifizierbares Benehmen zu verteidigen. Die Tatsache, daß der Briefwechsel veröffentlicht worden ist veranlaßt meine Fraktion, folgende Erklärung abzugeben:

Herr Reichspräsident v. Hindenburg ist unter Mißachtung seiner verfassungsrechtlichen Stellung veranlaßt worden, gegen den von 12½ Millionen wahlberechtigten deutschen Staatsbürgern beantragten Gesetzentwurf zur Fürstenenteignung und den auf Grund des § 73 der Verfassung anberaumten Volksentscheid in einer öffentlichen Kundgebung einseitig Stellung zu nehmen. (Sehr wahr, links!) Der Herr Reichspräsident hat damit die neutrale Haltung aufgegeben, die er gegenüber innerpolitischen Streitfragen einzunehmen feierlich versprochen hat und sich mit seiner Person in diese Streitfrage eingemengt. (Sehr wahr! links.) Wir erblicken darin eine Verletzung der durch sein Amt gebotenen überparteilichen Haltung. (Sehr wahr! links.) Hätte der erste Reichspräsident Friedrich Ebert in gleicher Form sich öffentlich für das im Volksbegehren geforderte Gesetz ausgesprochen, so würde ihm das sicher die schwersten Beschimpfungen derselben Leute eingebracht haben, die den Reichspräsidenten zu seiner herabsetzenden Kritik an dem dem Volksentscheid unterliegenden Gesetzentwurf veranlaßt haben.

Der Herr Reichspräsident nennt diesen Gesetzentwurf einen Verstoß gegen Recht und Moral. (Sehr wahr! rechts.) Wir fragen: Entspricht es dem Recht und der Moral, wenn Herzog Karl Michael von Mecklenburg, der bei Ausbruch des Krieges seine deutsche Staatsangehörigkeit aufgab und sich mit Zahlung von 5 Millionen Mk. die Anwartschaft auf die Thronfolge in Mecklenburg abkaufen ließ, Erbansprüche stellt?

Wir fragen: Entspricht es dem Recht und der Moral, daß die montenegrinische, ehemals mecklenburgische Prinzessin Jutta Militza eine Entschädigung von 14,5 Millionen G.M. (Rufe rechts: Kleinigkeit) verlangt und diese Summe unter Berufung auf den Vertrag von Versailles und den Erwerb der jugoslawischen Staatsangehörigkeit durch internationale Gerichte dem deutschen Volke abzupressen versucht? (Zwischenrufe rechts.)

Zu dem Briefe Hindenburgs an Loebell.



Minister a. D. v. Loebell.

Der Reichspräsident hat an den Minister a. D. v. Loebell, den Präsidenten des Reichsbürgerrates, einen Brief geschrieben, in dem er seine Mißbilligung über den Volksentscheid ausdrückt.

Wir fragen: Entspricht es dem Recht und der Moral, wenn die schmalkadischen Forsten, die der König von Preußen im Jahre 1866 unter Bruch des allgemeinen Landrechts als Beutegut für Kriegshilfe dem Herzog von Gotha übergab, jetzt von dem aus England gebürtigen ehemaligen Herzog von Koburg-Gotha als Privateigentum beansprucht werden?

Entspricht es dem Recht und der Moral, wenn dieser ehemalige Herzog, heute der Schutzherr der vaterländischen Verbände, ebenfalls unter Berufung auf den Vertrag von Versailles vermögensrechtliche Ansprüche auf einen erheblichen Teil des Gothaischen Landes macht?

Wir fragen: Entspricht es dem Recht und der Moral, daß Wilhelm II., der ein Millionengut in Holland besitzt, nochmals 300 000 Morgen deutschen Landes, Schlösser und Vermögensobjekte im Werte von 183 Millionen Goldmark beansprucht (Hört! hört! links), während Hunderttausende von deutschen Familien durch die Kriegsfolgen in die schwerste Not gestürzt wurden? (Rufe rechts: z. B. Leinert!) Kann das Recht auf dieses Privateigentum u. a. daraus hergeleitet werden, daß Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. unzweifelhaftes Staatseigentum unter Mißbrauch des Gesetzes durch Kabinettsorder einfach zu Hauseigentum erklärten?

Diese Fragen wären ins Unendliche zu vermehren. Die Schamlosigkeit der Fürstenansprüche ist im Rechtsausschuß des Reichstages in zahlreichen Fällen erwiesen. (Sehr wahr! links) Aber nicht darum, was Recht und Moral ist, geht unsere Auseinandersetzung mit dem Herrn Reichspräsidenten, darüber wird das deutsche Volk am 20. Juni entscheiden. Wir fragen, ob es angängig ist, daß ein Reichspräsident das Begehren von 12½ Millionen Deutschen als dem Recht und der Moral widerstreitend bezeichnet (Sehr richtig! links) und damit einen so großen Teil des eigenen Volkes mit dem Makel unmoralischen und ungerechten Handels versieht? Ist es die Aufgabe eines Staatsoberhauptes, das gelobt hat, alle Bürger des Staates gleichermaßen zu vertreten, in solcher Weise einseitig Partei zu ergreifen und Millionen Deutscher zu verletzten? (Zwischenrufe recht, Lärm.)

Die Deutsche Sozialdemokratie, die das Gesetz gegen die Beraubung des deutschen Volkes durch die Fürsten beantragt hat, erhebt gegen die Parteilichkeit des Reichspräsidenten öffentlich Protest. (Sehr wahr! links.) Sie fordert die deutschen Wählerinnen und Wähler auf, das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht des Volksentscheids auszuüben, damit Volkswohl siegt über Fürstenraub! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links! Sturm rechts.)

Reichskanzler Dr. Marx

Auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneter Müller-Franken zu dem Brief des Herrn Reichspräsidenten an den Staatssekretär von Loebell habe ich

namens der Reichsregierung Folgendes zu erklären: Nach Artikel 50 der Reichsverfassung bedürfen alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung. Daraus, daß diese Verfassungsvorschriften von Anordnungen und Verfügungen sprechen und bestimmen, daß ihre Gültigkeit von der Gegenzeichnung abhängig ist, ergibt sich, daß sie nur solche Kundgebungen im Auge hatten, die der Reichspräsident in unmittelbarer Ausübung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Staatshoheit vornimmt und die ihrer Natur nach die Möglichkeit einer Vollziehung zulassen.

An dieser Stelle setzt

großer Lärm auf der Linken

ein. Der Reichskanzler sagt: Hören Sie mich doch erst an! Der Lärm dauert aber fort. Abg. Rosenfeld (Soz.) ruft: Decken Sie den Wortbruch Hindenburgs? — Dieser Zwischenruf ruft einen außerordentlichen Sturm auf der Rechten hervor. Die Rechte fordert einen Ordnungsruf, der auch erteilt wird, aber in dem Lärm teilweise nicht zu hören ist. Der Abgeordnete Rosenfeld ruft dann abermals: „Es ist doch ein Wortbruch", worauf die Rechte abermals einen Ordnungsruf verlangt. Präsident Loebe erklärt, daß er den Ordnungsruf erteilt habe, der aber im Lärm untergegangen sei. Die Rechte erklärt, daß der Zwischenruf zweimal erfolgt sei. Nachdem endlich die Ruhe einigermaßen eingetreten ist, erklärt Reichskanzler Marx:

Ich verwahre mich entschieden gegen den Vorwurf, daß der Herr Reichspräsident irgendwie sein Wort gebrochen hat. Er fährt dann fort: Diese Voraussetzungen liegen nicht vor, bei Meinungsäußerungen des Reichspräsidenten, die keine Anordnung oder Verfügung enthalten und deshalb nicht bestimmt sind, in den Gang der Staatsgeschäfte unmittelbar einzugreifen. Die in Frage stehende Kundgebung des Herrn Reichspräsidenten bedarf hiernach einer Gegenzeichnung.. Im übrigen möchte ist noch folgendes hervorheben: Die Richtlinien der Politik werden nach Artikel 56 der Reichsverfassung vom Reichskanzler bestimmt, der dafür gegenüber dem Reichstage die Verantwortung trägt. Eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten, wie sie vom Volksentscheid verlangt wird, hat die Reichsregierung wiederholt als mit den Grundsätzen des Rechtsstaates nicht vereinbar bezeichnet. (Lärm links.) **Der Inhalt des Briefes des Herrn Reichspräsidenten, der die gleiche Auffassung zum Ausdruck bringt und ausdrücklich auf die Stellung der Reichsregierung Bezug nimmt, steht danach in sachlichem Einklang mit der von mir befolgten Politik. Eine Mißachtung seiner verfassungsmäßigen Stellung kann in dem Verfahren des Reichspräsidenten nicht erblickt werden.**

Als hierauf der Abgeordnete Neubauer (Komm.) das Wort nimmt, verlassen die meisten Abgeordneten der Rechten unter dem Gelächter der Kommunisten den Saal. Ein deutschnationaler Abgeordneter ruft: „Die Idioten bleiben drin!"

Abg. Neubauer (Komm.)

bezeichnet die Vorlage als eine Heuchelei. Wir sind der Meinung, daß in dem Brief Hindenburgs ein reaktionärer Akt zu erblicken ist. Der Brief selbst ist ein Dokument der Unehrlichkeit. Es ist eine Kampfansage des Reichspräsidenten an die Millionen, die die Enteignung fordern. Es führt eine direkte Verbindung der monarchistischen Kampfverbände zu Hindenburg. Hindenburg ist der Hilfsträger der Monarchisten und der Bundesbruder der monarchistischen Staatsrichter. Herr Marx hat von Anfang an nur durch die Gnade der Sozialdemokratie regiert. Die Sozialdemokratie ist daher mitschuldig an der Politik dieser Regierung. Die Arbeitermassen werden durch die Politik der Sozialdemokraten verwirrt, sie sprechen gegen Marx und lehnen das kommunistische Mißtrauensvotum ab. Wir haben das Mißtrauensvotum gebracht wegen der arbeiterfeindlichen Haltung der Regierung. Wir sind gespannt auf die Haltung der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Barthel (Dn.)

gab im Namen seiner Partei folgende Erklärung ab: Wir stimmen der Ueberweisung der Regierungsvorlage an den Rechtsausschuß zu. Wir werden dieser Vorlage gegenüber dieselbe Stellung einnehmen, wie wir sie schon früher. insbesondere bei der Mitarbeit an der Beratung der verschiedenen Kompromißgesetzentwürfe im Rechtsausschuß gewahrt haben. Wir ergreifen freudig die Gelegenheit, unter scharfer Zurückweisung der von der Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe, dem Herrn Reichspräsidenten dafür zu danken, daß er sich auch hier im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus als treuer Eckart des deutschen Volkes bewährt hat.

Abg. von Graefe (Völk.)

verliest eine Erklärung des Inhalts, daß seine Fraktion die Regierungsvorlage ablehnt, weil sie in verschiedenen Punkten den Grundsätzen des Rechts widerspreche. Der Redner erklärt weiter, er lehne es ab, auf die sinnlosen Angriffe gegen den Reichspräsidenten und auf die Beschimpfungen der Fürsten einzugehen.

Abg. v. Guerard (Z.)

Die Zentrumsfraktion vermag nicht anzuerkennen, daß die Angelegenheit des bekannten Briefes des Reichspräsidenten, durch die lediglich auf die staatsrechtliche Seite der Sache eingehende Erklärung des Reichskanzlers verschleppt ist. (Hört! hört! links.) Der Brief des Reichspräsidenten ist an sich ein politischer Akt. (Sehr wahr!). Er behandelt die aktuelle politische Frage der Gegenwart, eine Frage von solcher Tragweite, daß sie das deutsche Volk in größtem Maße aufgewühlt hat. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Brief wegen der Ueberparteilichen Stellung des Reichspräsidenten besser nicht geschrieben worden wäre. (Lebhaftes Hört! Hört!). Unverantwortlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist das Vorgehen des Reichsbürgerratsvorsitzenden von Loebell und seiner Hintermänner. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Das Wirken dieses Mannes ist geradezu Volksfeindlich. (Erneute lebhafte Zustimmung). Sein Vorgehen gegen die Integrität der Stellung des Reichspräsidenten ist im Interesse des Vaterlandes aufs tiefste zu bedauern. (Beifall links und im Zentrum).

Abg. Koch-Weser (Demokrat)

erklärt, die demokratische Fraktion könne sich der Erklärung des Reichskanzlers zum Hindenburgbrief nicht anschließen. Sie halte an dem von Bismarck aufgestellten Grundsatz fest, daß das Staatsoberhaupt sich nicht ohne ministerielles Bekleidungsstück in der Oeffentlichkeit zeigen soll. Die Fraktion bedauert, daß man sich nicht gescheut hat, den Reichspräsidenten in den Vordergrund des politischen Kampfes zu zerren. Sie bedauert auch die Folgen, die sich an die Erklärung des Reichskanzlers geknüpft haben.

Abg. Mollath (W. V.):

Die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern hat nichts zu tun mit der Staatsform, sondern soll die gerechte Festsetzung des tatsächlichen Privatvermögens der Fürstenhäuser ermöglichen. Eine entschädigungslose Enteignung des so festgestellten Privatvermögens steht im schärfsten Widerspruch zur Verfassung und zu den Grundsätzen von Recht und Moral.

Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Da der kommunistische Mißtrauensantrag noch nicht im Druck vorliegt, wird die Abstimmung darüber auf Vorschlag des Abg. Müller-Franken (Soz.) auf Freitag vertagt.

Es folgt die erste

Beratung des deutsch-russischen Vertrages

vom 24. April 1926.

Reichskanzler Dr. Marx erklärt dazu, daß der Außenminister durch Krankheit verhindert sei, die Vorlage zu vertreten. Der Vertrag bedürfe an und für sich nicht der Zustimmung des Reichstages. Angesichts seiner besonderen politischen Bedeutung habe sich die Reichsregierung aber entschlossen, diese Zustimmung trotzdem einzuholen, bevor der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfindet. Der Kanzler verweist auf die Notwendigkeit guter und freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland und erinnert an den Rapallovertrag. Seitdem sei die Entwicklung der internationalen Politik fortgeschritten. Die deutsche Politik mußte die Linie verfolgen, auch mit den Mächten des Versailler Vertrages zu einer Verständigung zu kommen. Man hat in Rußland die letzte Phase der deutschen Außenpolitik zunächst mit Mißtrauen angesehen. Die Verträge von Locarno und der angekündigte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist russischerseits anfänglich vielfach als eine radikale Schwenkung unserer Politik, als eine ausschließliche Orientierung nach dem Westen kritisiert worden, die die Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Rußland auf die Dauer unmöglich machen würden. Dieses Mißtrauen war unbegründet. Auch deutscherseits wurde aber anerkannt, daß das deutsch-russische Verhältnis der neuen, durch die Locarnoverträge geschaffenen politischen Situation angeglichen werden mußte. Diese Angleichung ist der eigentliche politische Sinn des Berliner Vertrages. Der gefundene Ausgleich liegt sachlich darin, daß die beiden Länder sich die unveränderte freundschaftliche Fühlung in den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten versprechen und daß sie sich daneben zur Neutralität für den Fall verpflichten, daß einer von ihnen, trotz eigenen friedlichen Verhaltens angegriffen, oder daß er Gegenstand einer agressiven Wirtschaftspolitik dritter Mächte wird. Im Grunde wird dadurch politisch keine neue Lage geschaffen, sondern die gegebene Lage geklärt. Die Locarnomächte hätten niemals verlangt, daß Deutschland in eine gemeinsame Front gegen Rußland eintrete. Deutschland denke auch nicht daran, durch diesen Vertragsabschluß etwa das Werk von Locarno aufzugeben. Der Mißerfolg der Märztagung des Völkerbundes falle nicht Deutschland zur Last. Deutschland sei bereit, mitzuarbeiten, um die Mißstände zu beseitigen. Die deutsche Politik sei eine Politik des Friedens. Aber eine Friedenspolitik könne nicht einseitig sein. Das System friedlicher Abmachungen müsse sich auf alle Länder erstrecken. Gerade das Nebeneinanderbestehen von Locarnoverträgen und Berliner Vertrag sei eine wichtige Sicherung der friedlichen Entwicklung Europas. Es sei keine Ueberschätzung unserer politischen Rolle, sondern einfach eine Folge unserer neutralen Lage, wenn wir versuchen, die Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Wir müssen erwarten, daß diese, unsere Politik bei allen denen, die das gleiche friedliche Ziel verfolgen, nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung findet.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) gibt im Namen aller Regierungsparteien eine kurze Erklärung ab, in der der Abschluß des Vertrages begrüßt und demselben zugestimmt wird.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärt die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Vertrag, der ein Werk des Friedens und eine willkommene Ergänzung des Locarnopaktes sei.

Abg. Hoetzsch (Dtschnatl.) begrüßt gleichfalls den Vertrag. Es sei zu wünschen, daß damit die mancherlei Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis aufhören und daß auch die polnische Politik sich mehr auf die Linie der Verständigung im Osten einstellt.

Abg. Graf zu Reventlow (Völk.) erklärt, seine Freunde hätten die Zukunft der deutschen Politik immer im Osten gesehen. Sie könnten deshalb den Vertragsabschluß rückhaltlos begrüßen.

Abg. Schneller (Komm.) stimmt dem Vertrag zu.

Der Vertrag wird in der zweiten Beratung angenommen.

In der dritten Beratung spricht sich

Abg. Korsch, der nach seinem Ausschluß aus der kommunistischen Partei keiner Fraktion mehr angehört, gegen den Vertrag aus. Die kommunistische Partei und die Sowjetregierung hätten die revolutionäre Richtung von Marx und Lenin verlassen.

Der deutsch-russische Vertrag wird darauf in dritter Beratung endgültig, fast einstimmig angenommen.

Die zweite Beratung der Novelle zum

Reichsknappschaftsgesetz

wird dann fortgesetzt.

Der Antrag Dr. Moldenhauer (Dtsch. Volkspartei), der die paritätische Zusammensetzung der knappschaftlichen Verwaltungsorgane wünscht, wird in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die Organe zu je zwei Fünfteln aus Vertretern der Arbeitgeber und zu je drei Fünftel aus Vertretern der Versicherten bestehen.

Bei den Schlußabstimmungen beantragt Abgeordneter Kersten (Soz.), daß die nach den Vorschriften des neuen Gesetzes umgerechneten Leistungen der Pensionsversicherung nicht geringer sein dürfen, als die nach den bisherigen Vorschriften zu gewährenden Leistungen. Die im Ausschuß beschlossene Fassung bringe unbillige Härten mit sich. Der Antrag wird abgelehnt.

Auf Antrag Gerig (Ztr.) wird noch ein neuer Artikel eingefügt, wonach innerhalb zweier Monate nach Verkündung des Gesetzes außerordentliche Knappschaftsversammlungen und innerhalb von vier Monaten Hauptversammlungen einzuberufen sind.

Damit ist die zweite Beratung des Reichsknappschaftsgesetzes erledigt.

Der Rest der Vorlage wird nach den Ausschußbeschlüssen in zweiter Beratung angenommen.

Um 4,30 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag und das Luftfahrtabkommen mit Frankreich.

Der Zwischenruf Rosenfelds

Berlin, 10. Juni. Der Aeltestenrat des Reichstages trat nach der heutigen Plenarsitzung zusammen, um die Angelegenheit des Zwischenrufs des Abgeordneten Dr. Rosenfeld (Soz.) in der Plenarsitzung nachzuprüfen. Der Abgeordnete Rosenfeld hat in einem Zwischenruf den Vorwurf des Wortbruchs gegen den Reichspräsidenten erhoben und ist dafür vom Präsidenten Loebe zur Ordnung gerufen worden. Er hat trotzdem, wie mehrere Mitglieder des Aeltestenrats bekräftigen, diesen Vorwurf in neuen Zwischenrufen mehrmals wiederholt. Die Wiederholung ist aber in dem Lärm des Hauses vom Präsidenten nicht gehört worden und auch aus dem Stenogramm ist der Vorgang nicht zu ersehen. **Der Aeltestenrat hat dem Präsidenten anheim gestellt,** weitere Feststellungen vorzunehmen und je nachdem in der Plenarsitzung morgen die Rüge gegen den Abgeordneten Dr. Rosenfeld nachträglich nochmals auszusprechen.

Die S. P. D. übt Stimmenthaltung

Berlin, 10. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages beschäftigte sich heute in einer Sitzung mit der durch den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung geschaffenen Lage. Es wurde beschlossen, bei der am Freitag stattfindenden Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag Stimmenthaltung zu üben und in einer Erklärung die Gründe darzulegen, aus denen die Fraktion im gegenwärtigen Augenblick sich der kommunistischen Aktion nicht anschließt.

Die Deutschnationalen gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag

Berlin, 10. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß, morgen gegen das kommunistische Mißtrauensvotum zu stimmen.

Ein stürmischer Tag im Landtag

184. Sitzung vom 10. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Korff (K.) Verbindung eines kommunistischen Antrages mit der Justizdebatte, der darauf verweist, daß in kurzer Zeit in Bernkastel der Prozeß gegen 29 Winzer wegen der Bernkasteler Unruhen beginnen soll. Das Ministerium soll ersucht werden, das Verfahren gegen die angeklagten Winzer niederzuschlagen. Der kommunistische Antrag wird mit der Justizdebatte verbunden.

Einstimmige Annahme findet sodann ein kommunistischer Antrag, der das Staatsministerium ersucht, den Polizeiorganen Anweisungen zu geben, daß jede Wahlbehinderung beim Volksentscheid unterbunden wird.

Darauf beantragte Abg. Pieck (K.) die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der dem Reichspräsidenten wegen seines Briefes schärfstes Mißtrauen ausspricht und ihm zum Vorwurf macht, daß er die Absicht zu erkennen gegeben habe, den von ihm geleisteten Eid auf die Verfassung zu brechen. Das Vorgehen des Reichspräsidenten sei eine Unverschämtheit. Während der Ausführungen des Abg. Pieck kam es zu stürmischen und anhaltenden Protestkundgebungen bei edn Deutschnationalen. Sie riefen im Chor: Heraus! und Schluß! Die Kundgebungen bei den Deutschnationalen. Sie riefen munisten übertönt.

Der Abg. von der Osten (Dn.) verlangte, daß der Aeltestenrat sofort zusammentrete, um sich darüber auszusprechen, wie die soeben ausgesprochenen schweren Beleidigungen des Reichspräsidenten gesühnt werden sollten. Ehe darüber keine Klarheit zu erzielen sei, könnten sich die Deutschnationalen an der weiteren Verhandlung nicht beteiligen. Für den deutschnationalen Antrag stand die gesamte Rechte einschließlich des Zentrums auf, gegen ihn stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten. Da das Haus nicht voll besetzt war, blieb die einfache Abstimmung zweifelhaft. Beim Sammelsprung wurde das Haus von der Linken beschlußunfähig gemacht und daraufhin vom Präsidenten

eine neue Sitzung einberufen.

In der neuen Sitzung erklärte Abg. von der Osten (Dn.): Wir stehen vor der eigentlichen Tatsache, daß die Mehrheit des Landes schwer beleidigt worden ist. (Lachen bei den Kommunisten) Wir sind nicht in der Lage, sachlich weiter zu verhandeln, ehe nicht über besondere Maßnahmen Beschluß gefaßt worden ist. Wir wiederholen den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen und den Aeltestenrat zusammen zu berufen.

Die Ausführungen des deutschnationalen Redners werden anhaltend mit stürmischen Zurufen der Kommunisten begleitet. Zwei Kommunisten, darunter der Abg. Kasper dringen erregt in die Reihen der Rechten ein. Es droht sich ein Handgemenge zu entwickeln. Präsident Bartels

unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Um 1,30 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Präsident Bartels: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Mit Rücksicht auf die vorherigen Vorkommnisse vertage ich das Haus auf eine weitere halbe Stunde und berufe auf sofort den Aeltestenausschuß ein. (Hört! Hört! bei den Kommunisten, Beifall rechts.)

Nach 2,30 Uhr eröffnet Präsident Bartels wieder die Sitzung. Die Abgeordneten aller Parteien scharen sich um die Rednertribüne und hören in vollkommener Ruhe die Ausführungen des Präsidenten Bartels an.

Präsident Bartels: Der Aeltestenausschuß hat sich mit den Vorgängen, die sich vorhin hier abgespielt haben, beschäftigt. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten haben die Ausführungen und das Vorgehen des kommunistischen Abgeordneten Pieck entschieden verurteilt und zurückgewiesen. Es ist festgestellt worden, daß Pieck, nachdem er

mit drei Ordnungsrufen belegt

war, beim Abtritt von der Tribüne sich einen weiteren beleidigenden Zwischenruf in Bezug auf die Person des Herrn Reichspräsidenten hat zu Schulden kommen lassen. Ich habe diesen Zwischenruf nicht gehört und auch im Protokoll ist er nicht notiert. Hätte ich ihn gehört, so würde ich zu schäferen Maßnahmen gegriffen haben. (Hört! Hört! bei den Kommunisten, Zurufe rechts: Er ist Ihnen doch gelaat worden.) Ich betrachte damit diesen Vorfall als erledigt.

Das Haus setzt dann die Justizdebatte fort. Die Erregung der Abgeordneten ist aber noch so groß, daß die Ausführungen des Abg. Meyer-Herford (DV.) zunächst im Lärm des Hauses vollkommen verloren gehen. Als der Redner auf den Tribünen verständlich wird, trägt er Wünsche der Justizbeamten vor. Auch die Deutsche Volkspartei wünsche einen modernen Strafvollzug. Dabei müsse durch Eingreifen der notwendigen Erzieher für Zucht und Ordnung, aber auch für Gerechtigkeit in den Gefangenenanstalten gesorgt und den Gefangenen die Rückkehr ins bürgerliche Leben erleichtert werden.

Abg. Lüdicke (Dn.) trägt Wünsche für die mittleren und unteren Beamten vor und verlangt vermehrte Einstellung von Militäranwärtern in den Justizdienst. Bei der Reform des Strafvollzuges dürfe man nicht so weit gehen, daß aus den Strafanstalten Sanatorien werden, sonst würde es mit einem geordneten Strafvollzug vorbei sein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schmidt-Düsseldorf (Z.) betont, der Strafvollzug in Stufen müsse im Mittelpunkt der ganzen Reform stehen. Zeigt eine innere Wandlung der Gefangenen Besserungsfähigkeit und Willigkeit, so muß er in eine günstigere Stufe kommen. Auf Verstand, Gemüt und Willen des Gefangenen muß eingewirkt werden, um ihn zur Besserung zu bringen. Bei der Erziehung darf auch das religiöse Moment nicht vergessen werden, deshalb sei die Forderung auf Anstellung von Anstaltsgeistlichen im Hauptberuf berechtigt. Staatsorgane und freiwillige Fürsorgevereine müßten zusammenwirken.

Abg. Kasper (K.) begrüßt die Ausführungen des Vorredners, die von Humanität getragen seien. Leider blieben die Beschlüsse auf humanere Gestaltung des Strafvollzuges durchweg auf dem Papier stehen.

Staatssekretär Fritze erklärt: Das Verfahren gegen die Winzer wegen der Bernkasteler Unruhen sei gesetzlich notwendig. Die besonderen Schwierigkeiten der Winzer würden dabei gewürdigt werden.

Abg. Artelt-Uelzen (Deutsch-Hann.) wendet sich gegen die Konkurrenz, die die Gefangenenanstalten durch Vornahme aller Arten von wirtschaftlicher Tätigkeit der Privatwirtschaft, besonders im Handwerk, machen.

Abg. Kuttner (Soz.) erklärt, die Deutschnationalen sollten, wenn sie sich jetzt erfreulicherweise so stark für den Schutz der persönlichen Ehre einsetzen, nicht vergessen, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert nicht weniger als 300 Prozesse gegen Verleumder, hauptsächlich aus dem Lager der Rechten, hat führen müssen, wobei die Richter für gewöhnlich Verstöße gegen die persönliche Ehre recht milde abgefaßt hätten.

Damit schließt die allgemeie Besprechung.

In der Einzelberatung fordert Abg. Kilian (K.), daß für fabrik- und handwerksmäßige Arbeit in Gefangenenanstalten auch tarifmäßige Löhne gezahlt werden.

Aeltestenrat des Preußischen Landtages

Berlin, 10. Juni. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beriet am Donnerstag über die Geschäftslage. Das Haus wird sich am heutigen Donnerstag bis zum 22. Juni vertagen. Am 10. Juli wird das Haus voraussichtlich bis Ende September oder Anfang Oktober in die großen Ferien begeben.

Aus dem Reiche

Ministerbesprechung vor der Regierungserklärung.

Berlin, 10. Juni. Vor der Plenarsitzung des Reichstags trat das Reichskabinett noch einmal zu einer letzten Ministerbesprechung zusammen, um die Erklärungen der Reichsregierung vorzubereiten. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird Reichskanzler Marx außer zur Frage der Fürstenabfindung und des Hindenburg-Briefes auch zum Berliner Vertrag das Wort ergreifen, der gleichfalls in der heutigen Plenarsitzung verhandelt werden soll.

Die amtliche Großhandelsindexziffer.

Berlin, 10. Juni. Die auf den Stichtag des 9. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 2. Juni bei im einzelnen nur geringen Preisschwankungen mit 123,7 unverändert.

Freiherr von Wangenheim gestorben.

Berlin, 10. Juni. Freiherr von Wangenheim, der Führer der deutschen Landwirte, ist heute vormittag an den Folgen des vor einigen Tagen erlittenen Unfalles gestorben.

Aufhebung des Reichsschutzpolizeigesetzes.

Berlin, 10. Juni. Die Reichsregierung hat den vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder vom 17. Juli zugestimmt.

Freispruch im Lützow-Prozeß

Berlin, 10. Juni. In dem Prozeß gegen den Freiherr Dr. v. Lützow wurde heute mittag das Urteil verkündet. Es lautet: Der Angeklagt Dr. v. Lützow ist in dem ihm zur Last gelegten 75 Fällen unschuldig und wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Der Vorsitzende gab dann eine eingehende Begründung des Urteils.

Wird Polizeipräsident Lübbring nach Königsberg zurückversetzt?

Berlin, 10. Juni. Im Preußischen Landtag ist folgende deutschnationale Anfrage eingegangen: Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der Minister Severing, den Polizeipräsidenten Lübbring aus Dortmund in gleicher Eigenschaft nach Königsberg zurückzuversetzen. Findet das beabsichtigte Vorgehen des Ministers des Innern die Billigung des Staatsministeriums?

Deutscher evangelischer Kirchengesangstag in Stettin

Stettin, 10. Juni. Gestern tagte hier der evangelische Kirchengesangverein Deutschlands. Zahlreiche Delegierte, besonders aus dem Westen und Südwesten und mehrere bekannte Kirchenmusiker, unter ihnen Professor Arnold Mendelssohn, waren erschienen. Zu der Tagung war auch ein Glückwunschtelegramm des Erzbischofs der schwedischen lutherischen Kirche, Söderblom, eingetroffen. Auf der Haupttagung hielt Universitätsprofessor Dr. Hupfeld-Rostok einen viel beachteten Vortrag über Kultur und Kirchenmusik, in welchem er zeigte, wie sehr der Gemeindekirchengesang durch Schlichtheit und Innigkeit den Geist wahrhaft evangelischer Frömmigkeit erfüllt.

Die Flaggenverordnung wird durchgeführt

Spätester Termin: der Verfassungstag

Keine erheblichen Kosten entstanden.

Mit Rücksicht darauf, daß nach der Erklärung des Reichskabinetts die Flaggenverordnung vom 5. Mai rechtswirksam geblieben ist und daher durchgeführt werden muß, hat das Auswärtige Amt schon seit geraumer Zeit Vorsorge getragen, die entsprechenden Mengen Flaggentuch zu beschaffen, um die ausländischen Missionen rechtzeitig noch vor dem 11. August, dem Verfassungstage, mit der verfassungsmäßigen Handelsflagge versorgen zu können. Die schwarzweißrote Handelsflagge mit der schwarzrotgoldenen Gösch wird dementsprechend zunächst denjenigen Auslandsmissionen geliefert, die am entferntesten liegen und einen Postlauf von etwa sechs bis sieben Wochen haben. Das sind in erster Linie die ostasiatischen und mittel- und südamerikanischen deutschen Auslandsvertretungen. Nach den Ausführungsbestimmungen, die noch der Gegenzeichnung des Reichsaußenministers harren, sind die Gesandtschaften und Konsulate strengstens gehalten, neben der schwarz-rot-goldenen Dienstflagge die Handelsflagge mit der Gösch in genau den gleichen Formaten und Abmessungen zu führen wie die Nationalflagge. Unter keinen Umständen wird also geduldet werden, daß auf den Dächern der Auslandsmissionen neben einer großen Handelsflagge eine unvorschriftsmäßig kleine Reichsflagge gesetzt wird.

Erhebliche Kosten sind durch die Durchführung des Flaggenerlasses nicht erwachsen, da die meisten Auslandsvertretungen noch im Besitz schwarzweißroter Flaggen sind, auf die gegebenenfalls die Gösch aufgenäht werden kann. Gemäß Verfügung des Außenministeriums müssen indessen schon jetzt diejenigen Auslandsmissionen in Ländern, die deutschen Flottenbesuch erhalten haben, oder demnächst erhalten, die beiden Flaggen nebeneinandersetzen.

Ein kritischer Tag in Genf

Austritt Brasiliens aus dem Rat / Spanien desinteressiert / Der Bericht über die Arbeiten der Studienkommission

Genf, 10. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrats stand der Bericht über die Arbeiten der Studienkommission. Graf Ishii erstattete den Bericht, in dem beantragt wird, daß die Entscheidung über die Einberufung einer neuen Tagung der Studienkommission im Einvernehmen zwischen dem Präsidenten des Völkerbundsrats und dem Präsidenten der Studienkommission überlassen bleibt. Vor der Abstimmung erklärte der Vertreter Brasiliens, Mello Franco, er werde sich bei der Abstimmung über den Bericht der Studienkommission der Stimme enthalten. Der Vertreter Spaniens erklärte, die Haltung der spanischen Regierung in der Ratsfrage bleibe unverändert. Hierauf ergriffen sämtliche Ratsmitglieder mit Ausnahme von Mello Franco das Wort, um ihrem lebhaften Bedauern über den Beschluß Spaniens Ausdruck zu geben. Sämtliche Ratsmitglieder wiesen darauf hin, wie außerordentlich wertvoll die Mitarbeit Spaniens im Völkerbund gewesen sei. Alle drückten den dringenden Wunsch aus, daß die Mitarbeit Spaniens auch weiterhin dem Völkerbund erhalten bleibe. Der Vorsitzende des Völkerbundsrats, Guani, erklärte zum Schluß, daß er die Gefühle sämtlicher Ratsmitglieder zum Ausdruck bringen wolle und Spanien besonders für seine wertvolle Mitarbeit im Völkerbund danke. Darauf sprach noch einmal der Vertreter Spaniens, der für die ihm ausgedrückten Sympathien dankte. Er wies darauf hin, daß er keine Instruktionen habe, weitere Erklärungen abzugeben. Hierauf trat der Völkerbundsrat in die Beratung verschiedener untergeordneter Fragen ein.

Die Erklärung Spaniens an den Völkerbund

Genf, 10. Juni. Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht soeben eine Berichtigung über die offizielle Erklärung des Vertreters Spaniens in der Ratsfrage. Der letzte entscheidende Satz der Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Da die gegenwärtige Situation die Anwesenheit Spaniens bei der Wahl ausschließt und da der Umstand, der Spanien verhindert hat, den Zusatzantrag zu Artikel vier des Völkerbundspaktes zu ratifizieren, damit weggefallen ist, hat die spanische Regierung beschlossen, die Ratifizierung des Antrages vorzunehmen".

Allgemein wird diese Erklärung dahingehend aufgefaßt, daß Spanien an den Wahlen zum Völkerbundsrat im September nicht teilnimmt.

Austritt Brasiliens aus dem Völkerbundsrat

Genf, 10. Juni. Am Schluß der heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrats verlas der Vertreter Brasiliens, Mello Franco, im Namen seiner Regierung eine zehn Seiten lange Erklärung. Die brasilianische Regierung erklärt, daß sie in Anbetracht der entstandenen Differenzen in der Ratsfrage mit dem Abschluß dieser Session aus dem Völkerbundsrat austreten werde. Sie betrachte sich nach Schluß dieser Session nicht mehr als Mitglied des Völkerbundsrats. Mello Franco hat den Rat der Völkerbundsversammlung im September den Dank Brasiliens für die mehrfache Wiederwahl in den Rat auszusprechen. Hiermit ist jedoch keineswegs der Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund erfolgt, sondern Brasilien verbleibt vielmehr nach wie vor im Völkerbund, ist jedoch nicht mehr Mitglied des Rats.

Argentinien und der Völkerbund

Buenos Aires, 10. Juni. Das argentinische Ministerium des Aeußeren erhielt ein brasilianisches Memorandum, welches die Haltung Brasiliens zum Völkerbund darlegt und betont, daß Rio de Janeiro lediglich eine Einheitspolitik Amerikas unter Mitwirkung Argentiniens wünsche.

Die Regierung Argentiniens erwiderte, daß sie im Prinzip dem Memorandum zustimme, daß aber zu ihrem Bedauern eine praktische Unterstützung unmöglich sei, da der argentinische Kongreß den Beitritt zum Völkerbund nicht ratifiziert habe.

Der Völkerbundsrat nimmt Brasiliens Rücktritt nicht an

Genf, 10. Juni. Der Völkerbundsrat beschloß in seiner heutigen Nachmittagssitzung, über die Rücktrittserklärung Brasiliens die Vollversammlung des Völkerbundes entscheiden zu lassen.

Ein Zwischenfall im Völkerbundspalais

Genf, 10. Juni. Heute vormittag um 10,30 Uhr ereignete sich im Völkerbundspalais eine außergewöhnliche Skandalszene. In die Ungarnkomitees, das um zehn Uhr zusammengetreten war, drang plötzlich auf Grund einer Pressekarte des Pariser Blattes „Ero Nouvelle" der Generalsekretär der ungarischen republikanischen Partei und Sekretär, sowie Führer der Pariser ungarischen Emigranten, Justh, ein. Er verlaß eine Protesterklärung gegen den Grafen Bethlen. Nach der Verlesung ging er auf Graf Bethlen zu und gab ihm eine Ohrfeige. Er wurde auf der Stelle verhaftet. Naturgemäß erregte dieser Vorfall außergewöhnliches Aufsehen. Der Beginn der heute auf 9.30 Uhr angesetzten Ratstagung erlitt infolgedessen eine Verspätung.

Opposition gegen Bethlens Genf-Politik.

Budapest, 10. Juni. Die Kossuth-Partei und die Sozialisten werden bei Bethlens Rückkehr aus Genf einen Mißtrauenantrag im Parlament einbringen, da nach ihrer Ansicht der Ministerpräsident in Genf in der Finanzkontrolle eine schwere Niederlage erlitten habe.

Letzte Drahtmeldungen

Kabinettsrat.

Berlin, 11. Juni. Das Reichskabinett hielt gestern abend noch einen Kabinettsrat ab, indem es sich u. a. mit der durch die Reichstagsdebatte geschaffenen politischen Lage befaßte.

Deutsch-französisches Handelsprovisorium?

Berlin, 11. Juni. Wie T.-U. zuverlässig erfährt, hat Frankreich an Deutschland das Ersuchen gerichtet, alle Punkte des Handelsabkommens, in denen bisher Einigkeit erzielt wurde, zu einem Handelsprovisorium zusammenzufassen und dieses noch vor den Herbstferien der Paralamente zu verabschieden. Die Reichsregierung hat den deutschen Unterhändler von Posse zur Berichterstattung nach Berlin berufen.

Die Reichsbahnzeichnungen geschlossen

Berlin, 11. Juni. Infolge des überaus großen Eingangs von Zeichnungen auf die Zertifikate der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie vier der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat die Konsortialleitung die Zeichnungen mit Ablauf des gestrigen ersten Zeichnungstages geschlossen.

Meuternde Matrosen

Kiel, 10. Juni. Wegen Meuterei festgenommen wurden in der Nacht vom 8. zum 9. Juni in Holtenau elf Matrosen vom Dampfer „Neckar". Der Dampfer nahm in Holtenau neue Besatzung und setzte seine Fahrt nach dreistündigem Aufenthalt nach Westen fort.

Flucht der beiden bayrischen kommunistischen Abgeordneten

München, 11. Juni. Der gestrige Beschluß des bayrischen Landtages auf Genehmigung der Strafverfolgung gegen die kommunistischen Abgeordneten Schlaffer und Goetz konnte nicht vollzogen werden, da sich die beiden Abgeordneten der Festnahme bereits entzogen haben. Sie haben sich gestern abend in Innsbruck aufgehalten. Damit ist die kommunistische Fraktion des Bayrischen Landtages auf fünf Mitglieder gesunken.

Die nächste Tagung des Völkerbundsrates

Genf, 11. Juni. Die nächste Tagung des Völkerbundsrates wurde vorläufig auf den 3. September angesetzt.

Debatte über die von Rußland nach England gesandten Streikgelder im englischen Unterhaus.

London, 11. Juni. Im Unterhaus fand gestern nachmittag eine Debatte über die von Rußland gesandten Streikgelder statt. Der Innenminister erklärte, daß beträchtliche Geldbeträge, die sich auf mehrere Hunderttausend Pfund belaufen, aus Rußland sowohl während des Generalstreiks als auch später eingetroffen seien. Indessen sei sich die Regierung über die zu ergreifenden Maßnahmen noch nicht schlüssig. Die beteiligten Ressorts und juristischen Mitarbeiter des Kabinetts sind beauftragt worden, ein Memorandum über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der russischen Kontributionen zu verfassen.

Eine kommunistische Revolutions-Akademie ausgehoben.

Riga, 11. Juni. Nach Blättermeldungen wurde auf einer vor Stockholm liegenden Insel eine geheime politische Kriegs- und Revolutionsakademie aufgehoben und zahlreiche deutsche, schweizerische, schwedische und österreichische Kommunisten, die sich dort mit falschen Pässen aufhielten, verhaftet.

Die Tragödie im Berner Bärengraben

Bern, 11. Juni. Der ältere Schüler, der Zeuge war, wie ein in den Bärengraben gestürzter Knabe von einem Bären zerfleischt wurde, ist von diesem Anblick so erschüttert, daß er geistesgestört wurde und in eine Anstalt gebracht werden mußte.

15 Tote, 26 Verletzte.

Kapstadt, 11. Juni. Wie jetzt endgültig festgestellt wurde, sind bei dem Eisenbahnunglück bei Salt-River-Junction 15 Personen getötet und 26 Personen verletzt wurden.

Aus dem Auslande

12 deutsche Tote bei Hügel 60 aufgefunden

Im Frontistrich Westflanderns werden heute „immer noch viele Leichen von Gefallenen gefunden", wie eine Brüsseler Meldung besagt. In den letzten vorigen Wochen allein wurden am Abhang des berühmten Hügels 60 bei Hollebeke, südlich von Ypern, 134 Leichen aufgefunden, davon 12 gefallener Deutscher, 117 waren Engländer und 5 Franzosen. Die Identität der meisten Leichen, die in zugeworfenen Laufgräben und Granatlöchern lagen, konnte festgestellt werden. Es waren alles Gefallene aus den Kämpfen im März und Juni 1915. Die Leichen der Deutschen kamen nach Houthulst, die der Franzosen nach St. Charles-Potte und die der Engländer nach Ostnaverne (Wijtschaete).

Vier deutsche Fremdenlegionäre zum Tode verurteilt.

London, 10. Juni. Daily News meldet aus Kairo, daß sechs Fremdenlegionäre, nämlich vier Deutsche, ein Engländer und ein Amerikaner wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt worden seien. Sie sähen jetzt in Damaskus ihrer Hinrichtung entgegen. Die Legionäre desertierten infolge der Härte des Dienstes, wozu sie die Nähe der transjordanischen Grenze verleitete. Sie fielen aber in die Hände von Eingeborenen, die sie den Franzosen auslieferten. Mehrere andere Fluchtversuche waren erfolgreich.

Die vertagte Regierungskrise in Frankreich

Paris, 10. Juni. Entgegen der Erklärung der Regierung, der Finanzminister habe niemals die Absicht gehabt, zu demissionieren, hält das „Echo de Paris" seine Behauptung aufrecht, daß Peret am Dienstag sein Rücktrittsgesuch auf Veranlassung Franklin Bouillons eingereicht habe, aber von Briand von Genf aus veranlaßt worden sei, das Gesuch vorläufig zurückzuziehen. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts seien nur vorübergehend beseitigt worden, weil Doumergue darauf hingewiesen habe, daß eine Regierungskrise im jetzigen Augenblick mit Rücksicht auf die englische Schuldenregelung besonders gefährlich sei. Franklin Bouillon habe gestern abend in einer Besprechung mit Briand noch einmal darauf hingewiesen, daß ein Kabinett der nationalen Einheit gebildet werden müsse. Briand habe aber durchblicken lassen, daß augenblicklich eine Aenderung unmöglich sei.

Ein französisches Schloß für Abd el Krim.

Paris, 10. Juni. Wie der Petit Parisien aus Pau meldet, stellt die Stadtbehörde von Salies de Bearn dem Kriegsminister ein Schloß aus dem 18. Jahrhundert, das am Eingang der Stadt an der Straße von Bayonne liegt, als Aufenthaltsort für Abd el Krim zur Verfügung.

Vor der Veröffentlichung des Mossul-Vertrages.

London, 10. Juni. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten erwiderte gestern auf Befragen im Unterhaus, daß der englisch-türkische Mossul-Vertrag als Weiß-Buch veröffentlicht werde, sobald sein Text aus Konstantinopel eingetroffen sei. Die Regierung beabsichtige, den Vertrag beim Völkerbund zu hinterlegen, sobald er von allen Parteien ratifiziert sei.

Eisenbahnunglück in Südafrika.

London, 10. Juni. Aus Kapstadt wird gemeldet: Bei Saltriver, zwei Meilen von Kapstadt entfernt, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. 15 Leichen sind bereits aus den Trümmern geborgen worden. 40 bis 50 Menschen wurden verletzt.

Eine Gefährdung der deutschen Ausfuhr nach Rußland

Moskauer Industriebestellungen im Ausland

Moskau, 10. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjet-Union). Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut einer Weisung Rykoffs an das Handelskommissariat, welches beauftragt wird, sofort einen Teil der auf Grund des deutschen Garantiekredites für Deutschland bestimmten Bestellungen an andere Länder zu vergeben. Rykoff begründet seine Maßnahme mit Schwierigkeiten beim Erhalt des den deutschen Firmen von Seiten der Regierung garantierten langfristigen Kredits und mit dem unvorteilhaften Bedingungen einiger deutschen Firmen. Das Volkskommissariat wird jedoch angewiesen, die Bestellungen bei anderen Ländern nur zu solchen Kredit-, Preis-, Qualitäts- und Lieferungsbedingungen vorzunehmen, die nicht unvorteilhafter als die von Deutschland bestellten seien.

Der neue persische Gesandte in Berlin



Der neue Gesandte Persiens, Mirza Mohamed Ali Khan Fersin, ist dieser Tage in Berlin eingetroffen

Wybert Tabletten in allen Apotheken u. Drogerien Mk. 1.—
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh



Nach Gottes hl. Willen entschlief Mittwoch nachm. 6¼ Uhr gottergeben, versehen mit den Heilsmitteln der hl. kath. Kirche, nach langer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Aufseher

Heinrich Hülsbusch

im Alter von 52 Jahren.

In tiefem Schmerz:

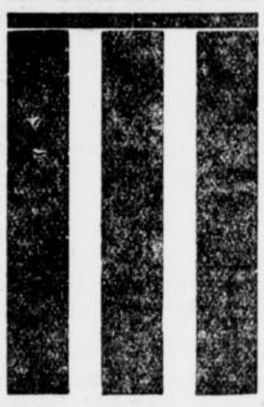
Die trauernden Hinterbliebenen:

Castrop-Rauxel, Börnig, den 10. Juni 1926.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 13. Juni, nachm. 3¼ Uhr vom Trauerhause, Holzstraße 99, aus. 2271

Das Seelenamt ist Montag, den 14. Juni, morgens 8 Uhr in der Pfarrkirche zu Castrop.

Farben



Fußbodenlack
Möbellack
Emaillelack
Bernsteinlack
Leinöl Ia per Ltr. 1.20
Leinöl IIa per Ltr. 0.90
Terpentinöl,
Terpentinölersatz
Gips, Leim, Pinsel
Bohnerwachs

Hugo Pruys jr.
Habinghorst i. W. Germanenstr. 43

Das in elffarbigem Offsetdruck ausgeführte Wandbild

Der Mensch als Industriepalast

ist in der Geschäftsstelle des „Stadtanzeigers für Castrop-Rauxel und Umgebung" zum Preise von 3 Mark zu haben.

Das 50×100 cm große Wandbild zeichnet sich nach dem Urteil anerkannter Autoritäten durch überraschende Klarheit und Anschaulichkeit aus. Die Aerztliche Rundschau schreibt: „Die Darstellungsweise ist ungemein lehrreich und verständlich."

Zu jedem Bild wird ein ausführlich erläuternder Text in Heftform kostenfrei beigegeben.

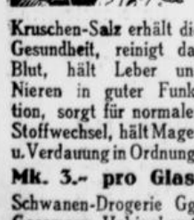
Särge

in allen Größen und Preislagen liefert prompt und billig

Wilh. Grafe
Castrop - Schwerin
Dortmunderstr. 166.

Anfertigen 2276
Aufarbeiten
von Matratzen und Sofas billigst.

C. Flockert,
Castrop,
Bahnhofstraße 14



Kruschen-Salz erhält die Gesundheit, reinigt das Blut, hält Leber und Nieren in guter Funktion, sorgt für normalen Stoffwechsel, hält Magen u. Verdauung in Ordnung.
Mk. 3.- pro Glas
Schwanen-Drogerie Gg. Goosmann, Habinghorst, Kronprinzenstraße 91.

Empfehle mich zur
Anfertigung
aller
Damen- und Kinder-Garderobe 2982

Martha Kerber,
Castrop, Münsterstraße 22.

Adolf Hartwig's Schuhwaren

sind rühmlichst bekannt
1. durch gute Qualität
2. durch gute Paßform
3. durch mäßige Preise

Größte Auswahl in Lackleder-Schuhen

Dr. Lahmanns Gesundheitsstiefel und Petto-Jugendstiefel. Alleinverkauf für die Stadtteile Rauxel, Habinghorst und Ickern. 1384

Rauxel, Kaiserstraße 8.

Städtische Bühnen Dortmund

Freitag, 11. Juni
Stadttheater
7—10½ Uhr
Außer Vermiete
Die Trojaner
Burgwalltheater
8—10¾ Uhr
Dorine u. der Zufall 2236

Zuverlässiges, ehrl.
Mädchen
nicht unt. 18 Jahren gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich.
Zu erfragen unter Nr. 2277 in der Geschäftsstelle d. Stadtanzeigers

---

Junge Kontoristin
sucht Stellung im Haushalt, woselbst sie sich nachmittags im Büro betätigen kann.
Off. unt. Nr. 2255 an den Stadtanzeig.

Ladenlokale
gesucht in
Habinghorst und Ickern
eventl. auch geeignete Häuser, wo Umbau möglich ist
Angebote mit Preis u. näheren Angaben unter Nr. 2272 an die Geschäftsst. des Stadtanzeigers.

Ia rottannen
Bohnenstangen
hat billigst abzugeben
N. Haase, Baugeschäft
2252 **Gerthe.**

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, dem 12. Juni, vorm. 10 Uhr werde ich folgende Gegenstände öffentl., meistbietend, zwangsweise gegen bar in der Wirtschaft Haller am Markt versteigern:
1 **Flurgarderobe,**
1 **Klavier,**
2 **Plüschsofas,**
1 **Spiegel m. Konsole, 1 Mahagonitisch, 1 Schreibmaschine, 1 Ladeneinrichtung** für Putzgeschäft.
Castrop-Rauxel, d. 10. Juni 1926.
Picht,
Obergerichtsvollzieh.

Bekanntmachung.

Am Samstag, dem 12. d. M., vorm. um 10 Uhr werde ich in Habinghorst in der Wirtschaft Klein folgende Sachen als:
1 **Kutschwagen,**
2 **Schweine,**
2 **Ladenschränke und 2 Ladentheken**
ferner um 11½ Uhr vormittags in Ickern in der Wirtschaft Gremme
1 **Buffet** (Eiche),
1 **Credenz** (Eiche)
öffentlich, zwangsweise, meistbietend gegen Barzahlung versteigern. 2282
Castrop-Rauxel, den 10. Juni 1926
Brechelt,
Obergerichtsvollzieh.

Frauen
erhalten kostenlose Auskunft in allen Hygien. Angelegenheiten. Werktags von 2—6 und Sonntags von 10-2 Uhr. Briefl. Auskunft geg. Rückporto. Lieferung aller Hygien. Bedarfsartikl. z. Krankenpflege, Gesundheits- u. Schönheitspflege. 083
E. Becker, Dortmund,
1. Kampstr. 126
(am Körnerplatz)

VERBANDSFEST

der Freiwilligen Feuerwehr des Landkreises Dortmund

am **Samstag, den 12.** und **Sonntag, den 13. Juni 1926 in Habinghorst-Rauxel (Festzelt)**

PROGRAMM:

Samstag, den 12 Juni: Abends 7.30 Uhr: Anfreten der Wehren am Festzelt. — **8.30 Uhr: Fackelzug** der Wehren und eingeladenen Vereine zum Marktplatz (Gemeindegasthaus). Daselbst **Zapfenstreich,** darauf Weitermarsch zum Festzelt. **10.30 Uhr: Festkommers, Ehrung der Jubilare, Konzert** und **gemütl. Unterhaltung** unter Mitwirkung des Gesang-Vereins Rauxel-Bahnhof, des M.-G.-V. „Eintracht" Habinghorst und der beiden Turnvereine.

Sonntag, den 13. Juni: Morgens 6 Uhr: Weckruf. — 11—12 Uhr: Konzert auf dem Festplatz. — **11 Uhr: Delegierten-Versammlung** im Lokal Strotkamp, am Bahnhof Rauxel. — **2—3 Uhr nachm.: Empfang der auswärtigen Vereine. — 3 Uhr: Aufstellung** sämtlicher Wehren auf dem Festplatz, **Begrüßung** und **Abmarsch** zum Uebungsplatz. **Sturmangriff der festgebenden Wehren.** Rückmarsch zum Festplatz. Anschließend **Festzug.** Im **Festzelt Konzert** und **Tanz.** Die Musik wird ausgeführt von der Kapelle der Freiwilligen Bürgerfeuerwehr Habinghorst-Rauxel.

Eintrittspreise:

Samstag, den 12. Juni: Herren **0.50 Mk.,** Damen **0.30 Mk.**
Sonntag, den 13. Juni: Herren **1.00 Mk.,** Damen **0.50 Mk.**
Dauerkarte für beide Tage gültig: Herren **1.50 Mk.,** Damen **0.75 Mk.**

Die Einwohner werden gebeten durch Feuerwerk, Beflaggen und Bekränzen der Straßen und Häuser das Fest zu verschönern.

Der Vorstand. **Der Festausschuß.**

Montag, den 14. Juni
KONZERT UND BALL
Veranstalter: Festwirt W. Finkemeyer.

Polstermaterial

für Betten, Sofas u. s. w. Drell, Inlett, Plüsch, Ledertuch, Kapok, Rosshaar, Werg, Seegras, Springfedern, Gurte, Schnürfaden, Sofa- und Chaiselongue-Gestelle, Strohsäcke, Schonerdecken, Schlafdecken. Fertige Matratzen, Sofas, Chaiselongues offeriert konkurrenzlos billig. Lieferung durch eigene Auto

Herner Säckehaus Fr. Spieß
Abteilung Polstermaterial
Herne, Gartenstr. 24 (Nähe Altmarkt)
Der weiteste Weg lohnt sich nach hier

Am Samstag, dem 12. ds. Mts., vormittags von 8—10 Uhr Verkauf von minderwertigem

Rindfleisch

auf der Freibank des Schlachthofes.
Pfd. 40 u. 60 Pfg. 227

Naturheil-Institut Cibora
Herne, Am Stadtgarten Nr. 1
Haltestelle der Linie B. 3027

Rasche Heilung von **Frauenkrankheiten, Gallen- und Leberleiden, Nierensteine und Grieß, Kinderkrankheiten, Rheuma, Asthma, Magenstörungen,**

Gallensteine entferne in 24 Stunden, ohne Operation und schmerzlos. Dankschr. vorh. Würmer entferne bei Erwachs. in 1 Std. Entf. v. Bandwurm. Auch briefl. Behandl. Bitte Rückp. beil.
Sprechstunden v. 9—12 Uhr, 3—7 Uhr.



Pallabona-Puder
reinigt und entfettet das Haar auf trockenem Wege, macht schöne Frisur, besonders geeignet für **Bubikopf**
Bei Tanz u. Sport unentbehrlich. Zu haben in Dosen von **Mk. 1.-** an in Friseurgeschäften, Parfümerien, Drogerien und Apotheken. 5810
Nachahmung weise zurück

Lehrverträge

nach den Bestimmungen der Handwerkskammer Dortmund wieder vorrätig

Druckerei
Geschw. Schmitz
Castrop-Rauxel.

Nur in der Wiederholung liegt der Erfolg einer Anzeige

Husten Sie?



so versäumen Sie keine Minute und kaufen Sie die von Millionen täglich gebrauchten **Kaiser's Brust-Caramellen!** Sie helfen Ihnen bei **Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung Krampf- und Keuchhusten,** daher hochwillkommen jedem.

7000 Zeugnisse von Aerzten und Privaten. Vor Erkältungen sind Sie geschützt, wenn Sie eine Kaiser-Caramelle im Munde haben. **Paket 40 Pfg., Dose 90 Pfg.** Achten Sie auf die Schutzmarke **3 Tannen.**

Zu haben bei 5592

In Apotheken, Drogerien u. wo Plakate sichtbar.

Mein berühmter
Säuglings-Zwieback
zahn- und knochenbildend
(ges. gesch.) ist nur echt in geschlossenen Paketen mit meiner Firma 313
Gerhard Clostermann
gegr. 1885 **Conditorei u. Café** gegr. 1885
Telefon 1153 **DORTMUND** Telefon 1153
19 Brückstraße 19
Zu haben bei: **Holterdorf in Rauxel.**

Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen), Gicht!
Gern teile ich kostenlos mit, durch welches einfache Mittel mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit geholfen wurde. Ueber 2000 Dankbriefe!
Krankenschwester Margrei Heber, 720 **Frankfurt-Niederrad B 89.**

Geschw. Schmitz

empfehlen sich zur Anfertigung aller vorkommenden

Druckarbeiten

insbesondere Geschäftsdrucksachen jeder Art. Geschäfts- und Jahresberichte, Prospekte in ein- und mehrfarbigem Druck, sowie sämtl. vorkommenden Werksformulare und Massenauflagen . . . .

Buchdruckerei und Verlag
Münsterstraße 24 Castrop Telefon Nr. 6. u. 7

Erst jetzt hat die Wissenschaft die seit Jahrhunderten bekannte Heilwirkung des Lebertrans ergründet und festgestellt, daß diese auf den hohen Vitamingehalt zurückzuführen ist. Lebertran stellt das **vitaminreichste Nährmittel** dar, wird jedoch wegen seines Geruchs und Geschmacks von empfindlichen Patienten ungern genommen.
So hat die Erfindung von

SCOTTS EMULSION

eine Lücke ausgefüllt, da diese den Tran mit seinem vollen Gehalt an **Vitaminen** in einer angenehm schmeckenden Form bringt. Selbst die kleinsten Kinder nehmen **SCOTT's EMULSION** gerne, u. wird sie in allen Kulturländern mit bestem Erfolg als **Nährmittel** bei **Kindern mit schwachen Knochen, Skrofulose, eng. Krankheit, Rachitis** u. **Lungenleiden** genommen. **Stillende Mütter,** die unter Erschöpfung leiden, nehmen **SCOTT's EMULSION,** da diese den Verlust gewisser Stoffe, so der Phosphate ersetzt.

Man achte jedoch auf die Marke SCOTT und weise Nachahmungen zurück, auch wenn sie angeblich billiger sind. Scott's Emulsion in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Niederlagen: **Habinghorst: Drogerie G. Goosmann, Medizinaldrogerie „Westfalia" F. Fuls. Marten: Drogerien Kühnel.** 919

Größte Anspannung und schärfste Kalkulation ermöglichten die Herstellung der „Reemtsma Gidon" zu 4 Pfg. Sie erfüllt die hohen Erwartungen, die der Raucher an eine echte Reemtsma-Cigarette stellt.

GIDON
eine
echte
Reemtsma-Cigarette
für
4 Pfg.

7

Ihre Trauerdrucksachen

werden gut und schnell hergestellt in der Druckerei dieser Zeitung

---

Hühneraugen

verursachen häufig furchtbare Schmerzen. Das vielmillionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster befreit Sie davon. Eine Packung kostet nur 75 Pfg. Das wohltuende Kukirol-Fußbad (Probepackung 30 Pfg., Doppelpackung 50 Pfg.) erhöht die Wirkung des Kukirol-Pflasters und stärkt die Fußnerven und Muskeln.

Schwanen-Drogerie Castrop, Widumerstraße 26.

Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung

Nr. 123 — Zweites Blatt — Freitag, den 11. Juni 1926

Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, den 11. Juni 1926

Das Ende des Regierungskommissariats

Dr. Mende und Schulze kommissarische Bürgermeister

An Stelle des für die neue Stadt Castrop-Rauxel vom Herrn Regierungs-Präsidenten bestellten Regierungs-Kommissars, Landrat Klauser bzw. dessen Stellvertreters, Assessor Kery, sind durch Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Arnsberg heute die neugewählten Bürgermeister und zwar Dr. Mende zum kommissarischen Ersten Bürgermeister und Amtmann Schulze zum kommissarischen Zweiten Bürgermeister der Stadt Castro-Rauxel bestellt worden.

Hiermit ist einem Wunsche der Stadtverordneten-Versammlung, die diese kommissarische Bestellung der beiden Herren bis zur endgültigen Einführung in ihr neues Amt beantragte, rasch stattgegeben.

Nachdem nunmehr von sämtlichen gewählten besoldeten und unbesoldeten Magistrats-Mitgliedern die Annahmeerklärung für ihr neues Amt vorliegt, ist in Bälde auch mit der Bestätigung seitens der zuständigen Aufsichtsbehörden bzw. bei den beiden Bürgermeistern des Ministeriums zu rechnen, was unbedingt im Interesse des neuen Stadtgebildes liegt. st.

Auf Schwerin 3 Bergarbeiter verschüttet

Von einem größeren Unglück wurde die Zeche „Graf Schwerin" betroffen. Im unterirdischen Betriebe kam es auf ihr am Mittwoch während der Morgenschicht zu einer größeren Gesteinbewegung, durch die im Flöz 8 leider drei wackere Bergknappen verschüttet wurden.

Zu dem Unfall übermittelt uns

das Bergrevier Amt Castrop-Rauxel

nachstehenden, amtlichen Bericht:

„Am Mittwoch, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr, wurden auf der Zeche „Graf Schwerin" 1-2 durch Zubruchgehen eines Strebepfeilers in dem steil einfallenden Flöz 8 drei Mann (1 Hauer und 2 Bergekipper) verschüttet. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da von oben immer neue Massen nachstürzen. Es war deshalb bis Donnerstag abend noch nicht gelungen, bis zu den Verschütteten vorzudringen. Die Rettungsarbeiten werden angestrengt fortgesetzt."

Wie wir von anderer Seite hören, besteht kaum noch Hoffnung, die Verschütteten lebend zu bergen. Allen Annahmen zufolge sind sie bei dem Unfall sofort zu Tode gekommen. Es handelt sich um nachstehende drei Bergknappen:

1. Kurt Gerisch, Castrop-Rauxel 1, Oberspreden 4,
2. Rudolf Wedegärtner, Börnig, Knappenbergerstraße 13 und
3. Jakob Menzelewski, Lütgendortmund, Holtestraße 34.

In später Abendstunde wurde uns auf eine telephonische Anfrage bei der Zeche geantwortet, daß die Bergungsarbeiten infolge der immer noch bestehenden weiteren Einsturzgefahr nur sehr langsam voranschreiten könnten und, daß es bei den eventuell noch zu erwartenden Zwischenfällen, bei allem todesmutigem Eifer der Bergungsmannschaft, noch nicht abzusehen sei, wann man die Verunglückten unter den Trümmern des Strebepfeilers hervorholen könnte.

Gerüchte über die Zeche „Graf Schwerin"

Die Verwaltung dementiert.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" (Nr. 391) lesen wir nachstehende Mitteilung:

Mit Stillegung der Zechen „Karoline", „Margarete" und „Schwerin" zu rechnen.

Dortmund, 8. Juni. Heute fand eine Belegschaftsversammlung der Zeche „Glückauf Segen" vor dem Zechenplatz statt, in der es recht bewegt zuging. Es wurde u. a. mitgeteilt, daß die Entscheidung des Handelsministers, der der Zeche die Genehmigung zum Abbruch erteilt habe, bereits am Sonntag morgen eingelaufen sei und man habe am Montag schon mit dem Abbruch begonnen. Eine Pumpe auf der sechsten Sohle sei bereits abgebrochen. Ein Betriebsratsmitglied erklärte auf die Vorwürfe, daß nicht alles geschehen sei, um eine Stillegung zu vermeiden, daß alle möglichen Wege eingeschlagen worden seien. Der Staat sei aber nicht gewillt, in Glückauf Segen eine zweite Zeche „Alte Haase" zu schaffen. Alle weiteren Schritte, die man unternehmen solle, seien aussichtslos. Der Betriebsrat habe mit dem Generaldirektor gesprochen und dabei erfahren, daß, falls die Wirtschaftsdepression weiter anhalte oder sich sogar noch verschlimmere, auch mit einer Stillegung der Zechen „Margarete", „Karoline" und „Schwerin" zu rechnen sei. Es wurde beschlossen, Streikwachen von je 15 Mann aufzustellen, die das Einfahren der Arbeiter, die mit dem Abbruch beschäftigt sind, zu verhindern haben. Der Betriebsrat schloß sich diesem Vorschlag nicht an.

Auf unsere Erkundigungen bei der zuständigen Stelle wird uns mit allem Nachdruck versichert, daß es sich, insbesondere was die Stillegungsabsichten bezüglich der Zeche „Graf Schwerin" angeht, um „haltlose Gerüchte" handelt.

Die Emscher-Genossenschaft

teilt in ihrem Jahresbericht für 1925 bei der Aufzählung der wichtigsten Arbeiten in diesem Geschäftsjahre u. a. mit:

Landwehrbach-Oberlauf.

Der Landwehrbach war in seinem Unterlauf schon vor dem Kriege fertiggestellt. Zur Beseitigung der häufigen Ueberschwemmungen, unter denen Castrop seit Jahren zu leiden hatte, wurde schon im Jahre 1923 mit dem Ausbau des Oberlaufes bis zur Herner Straße in Castrop begonnen. Die Arbeiten mußten aber seinerzeit wegen Geldmangels wieder eingestellt werden. Vor kurzem sind die Arbeiten wieder aufgenommen und sollen im kommenden Jahre fortgesetzt werden.

Der Sodingerbach

wurde von der Mündung in den Landwehrbach 1,2 Kilometer aufwärts ausgebaut. Dadurch ist die Vorflut für die Kläranlage Sodingen, die nicht mehr ausreichend betrieben werden konnte, wiederhergestellt. Gleichzeitig konnten versumpfte Flächen in den Gemeinden Herne, Börnig und Sodingen entwässert werden. Die Arbeiten werden im nächsten Jahre fortgeführt.

Richtig adressieren!

Das Postamt Castrop-Rauxel 1 schreibt uns:

Unter Bezugnahme auf unsere Zuschrift vom 29. März machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß für die unverzögerte Beförderung und Zustellung der Sendungen die richtige und deutliche Angabe der zutreffenden Zustellpostanstalt notwendig ist. Bekanntlich heißt das frühere Postamt

Castrop jetzt Castrop-Rauxel 1,
Rauxel jetzt Castrop-Rauxel 2,
Habinghorst jetzt Castrop-Rauxel 3,
Ickern jetzt Castrop-Rauxel 4,
Merklinde jetzt Castrop-Rauxel 5.

Damit die auswärtigen Absender der hierhin bestimmten Sendungen das in der Anschrift beachten können, ist es erforderlich, daß die Einwohner, Firmen, Behörden usw. von Castrop-Rauxel in der Absenderangabe auf den Sendungen und Briefbogen auch die richtige Zustellpostanstalt nennen, z. B. Absender N. N. in Castrop-Rauxel 2, wenn er in Rauxel-Bahnhof, Castrop-Rauxel 4, wenn er in Ickern wohnt; er gibt eben mit der neuen Bezeichnung diejenige Postanstalt an, die ihm seine Sendungen zustellt.

:: **Der nächste Viehmarkt in Castrop-Rauxel** findet am kommenden Montag, den 14. Juni, in althergebrachter Weise auf dem städtischen Viehauftriebsplatze an der Viktoriastraße statt.

— **Vom städtischen Wahlamt** wird uns geschrieben: Die Stimmlisten für den am 20. d. Mts. stattfindenden Volksentscheid liegen nur noch bis Sonntag, den 13. Juni, mittags 12 Uhr aus. Wer also noch nicht die Gewißheit hat, daß er in die Stimmliste aufgenommen ist, überzeuge sich bis zu dem genannten Zeitpunkte davon. Anträge auf Eintragung, die nach dem 13. Juni gestellt werden, können laut den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr berücksichtigt werden. **Stimmberechtigte, die nicht mehr im Besitze des für die Stadtverordnetenwahl ausgestellten Wahlausweises sind, wollen sich an die für ihren Verwaltungsbezirk zuständige Stelle wenden, woselbst das Weitere veranlaßt wird.**

:: **Oeffentliche Kundgebung für den Volksentscheid.** Seitens der SPD. wird uns geschrieben: „Die sozialdemokratische Partei Castrop veranstaltet am Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 4 Uhr auf dem Marktplatze eine öffentliche Kundgebung für den Volksentscheid. Als Redner ist ein namhafter Reichstagsabgeordneter gewonnen worden. Alle Mitglieder der Parteien, die auf dem Boden des Volksentscheides bezw. für die Enteignung der Fürsten sind, sind hiermit eingeladen. Ebenso die Angehörigen aller sozialen Interessenorganisationen, wie Inflationsgeschädigte, Sozialrentner, Witwen, Invaliden, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Alle Opfer des Weltkrieges und dessen Folgeerscheinungen, müssen durch rege Teilnahme an der Kundgebung ihre tiefste Entrüstung gegen die maßlosen Forderungen der Fürsten zum Ausdruck bringen."

:: **Regimentsappell der ehem. 39er.** Die ehemalig. 39er aus Castrop-Rauxel und Umgebung fahren zum Regimentsappell nach Düsseldorf am Sonntag, dem 13. Juni, vormittags 5,46 Uhr ab Bahnhof Castrop. Sie sammeln sich um 5,15 Uhr im Vereinslokale der ehem. 39er (Wirtschaft Thiel, Wittener Straße). Der Düsseldorfer Festausschuß bittet uns noch um Bekanntgabe folgender Zeilen: „Nicht politische Ziele sind mit unserer Veranstaltung verbunden, sondern nur die Pflege des alten kameradschaftlichen Geistes, der in bittersten Stunden der Gefahr für Gut und Blut geboren wurde, wird der Inhalt unserer Feierstunde sein. Der Vergangenheit der Regimenter Nr. 39, ihren glorreichen Taten und den lieben Toten, die eine solch ruhmreiche Geschichte der Truppen mit ihrem Leben erkauften, sei ein „dankbar Rückwärts" gezeigt, und der Zukunft ein „mutig Vorwärts" gewiesen, für ein geeintes deutsches Vaterland. Kameradschaft, Treue, Pflichtbewußtsein und Vaterland sollen die Losung des Regimentstages sein. Am Hauptfesttage, Sonntag, dem 13. Juni 1926, sammeln sich sämtliche Angehörigen der Regimenter punkt 9 Uhr in der Feldstraße und zwar kompanieweise. Von hier aus Abmarsch zum Feldgottesdienst, hieran anschließend Parade mit Festzug durch die Stadt. Am Nachmittag des Sonntages punkt 6 Uhr: große Wiedersehensfeier in allen Sälen des Zoologischen Gartens, die bis zum frühen Morgen allen Kameraden ausgiebige Gelegenheit zum Austausch alter Erinnerungen bieten wird. Es liegt im Interesse eines jeden Kameraden, diesem Regimentsappell überall und immer wieder weiterzusagen, damit sich in Düsseldorf alle 39er wiederfinden und so eine geschlossene Gesamtheit darstellen wie einstens draußen im Felde in Stunden der Gefahr."

:: **Regimentsappell der 57er in Wesel.** Die ehem. 57er aus Castrop-Rauxel und Umgebung fahren zum Regimentsappell nach Wesel am Samstag nachmittag um 1,51 Uhr ab Bahnhof Castrop. Da es sich um die erste Zusammenkunft der ehemaligen Regimentskameraden handelt, wird erwartet, daß auch alle alten 57er aus Castrop-Rauxel zur Stelle sind.

:: **Regimentsfest des Ref.-Feld-Artillerie-Regiments 33.** Am Sonntag, dem 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Essen, im Gesellschaftshause „Erholung", II. Hagen 50, das diesjährige Regimentsfest des Vereins ehem. 33er Feld-Artilleristen statt. Es soll eine große Wiedersehensfeier, getragen von echt deutscher Kameradschaft werden. Sämtliche ehemalige 33er sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

Ortsteil Castrop

:: **Bestandene Meisterprüfung.** Vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer zu Dortmund bestand u. a. auch Herr Josef Funke-Castrop die Meisterprüfung im Maler- und Anstreicherhandwerk.

Haus- und Grundbesitzerverein Castrop. Zu der am 9. d. M. im Hallerschen Saale einberufenen Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins hatten sich zahlreiche Mitglieder eingefunden. Der zweite Vorsitzende, Herr Pöggeler, eröffnete die Versammlung und begrüßte den erschienenen Redner Herrn Dr. Drescher. Zunächst wurden mehrere Vorstandsbeschlüsse bekannt gegeben. Wegen der Arbeitshäufung am Gericht kann eine rechtzeitige Wiedereintragung der aufgewerteten Hypothek oft nicht stattfinden. Die Vereinsmitglieder wurden darum gebeten, die Zinsenzahlung wenigstens ab 1. April d. J. freiwillig zu leisten. Für die Grundwertausschüsse wurde seitens des Vereins folgende Herren in Vorschlag gebracht: Kleine, Hermann, Neuhaus und als Vertreter Pöggeler, Ostwinkel, Köster sen. Sie werden die Belange der Vereinsmitglieder wahrzunehmen haben. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß nicht nur Mieter, sondern auf Vermieter eine Stundung der drückenden Hauszinssteuer beantragen können, sofern sie in dürftigen Verhältnissen leben. Angeregt wurde auch die Uebernahme einer Glasversicherung durch den Verein. Eine endgültige Stellungnahme soll später erfolgen. Als Hauptpunkt der Tagesordnung war der Vortrag des Herrn Dr. Drescher anzusehen. Er wies zunächst auf die schädlichen Wirkungen der Zwangswirtschaft hin und zeigte, welche Bedeutung der geniale Führer vom Stein schon vor hundert Jahren dem Haus- und Grundbesitz beigemessen hat. Er ging sodann über zur Bodenreform und zum Bodenreformgesetzentwurf. Dem Haus- und Grundbesitz drohen wieder große Gefahren. Nur Einigkeit und Geschlossenheit in den eigenen Reihen vermögen uns vor völliger Entrechtung zu bewahren. Der Redner erntete für seinen 1½stündigen inhaltreichen Vortrag lebhaften Beifall. Um immer rechtzeitig über alle den Hausbesitz betreffenden Fragen unterrichtet zu sein, wurde beschlossen, die Dortmunder Haus- und Grundbesitzerzeitung „Femlinde" für alle Mitglieder obligatorisch vorläufig auf ein halbes Jahr zu halten.

:: **Sauerländischer Gebirgsverein.** Der Sauerländische Gebirgsverein fordert seine Mitglieder, Vertrauensleute und Freunde in allen Ortsgruppen auf, solche früheren Mitglieder namhaft zu machen, die im Weltkriege gefallen sind, damit deren Namen in dem auf dem Kohlenberge aufliegenden Gedächtnisbuche verewigt werden können. Rektor Husemann-Hagen ist bereit, solche Meldungen entgegen zu nehmen. — Von der Castroper Ortsgruppe des S. G. V., die einst in hoher Blüte stand, hört und sieht man schon lange nichts mehr. Wie kommt das?

:: **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Castrop.** Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale Lur, Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur nächsten Bannerweihe. Nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte erfolgt Einlaß. Die Ortsgruppe nimmt an der, von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Kundgebung auf dem Marktplatze geschlossen teil. Das Antreten erfolgt für alle Abteilungen um 3 Uhr am Verkehrslokale. Das Reichsbanner übernimmt den Schutz der Kundgebung.

:: **Hühnerdiebstahl.** In der letzten Nacht wurden einem Anwohner auf der Münster Straße 2 Hühner aus dem Stalle gestohlen. Der Dieb verschaffte sich Einlaß in den Stall, indem er eine Scheibe einschlug, und dann einstieg. Da der Dieb vier weitere Hühner sitzen ließ, ist anzunehmen, daß er sich in seiner nächtlichen Tätigkeit gestört glaubte. Die Polizei glaubt dem Spitzbuben auf der Spur zu sein.

:: **Beschlagnahmte Waffe.** Ein Mann wurde im Castroper Holze dabei betroffen, wie er ohne im Besitze eines Jagdscheines oder eines Waffenscheines zu sein, munter mit einer Flobertbüchse am Pirschen war. Für den leichtsinnigen Schützen, der obendrein noch eine Gefahr für die zahlreichen Passanten, der durch das Gehölz führenden Wege bedeutet, wird die Angelegenheit noch ein unangenehmes Nachspiel haben. Die Waffe wurde von der Polizei bereits beschlagnahmt.

:: **Wegen Körperverletzung zur Anzeige gebracht.** Auf der Graf Haeselerstraße artete dieser Tage ein heftiger Wortwechsel zwischen zwei Arbeitern in Tätlichkeiten aus. In ihrem Verlauf versetzte der eine seinem Gegner mit einem stumpfen Gegenstand einen derartig wuchtigen Schlag auf den Hinterkopf, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Anzeige wegen Körperverletzung ist gegen den betreffenden Täter gestellt.

Ortsteil Rauxel

— **Endlich!** Ein langgehegter Wunsch der in den letzten Jahren namentlich durch die Tätigkeit der Rauxeler Siedlungsgenossenschaft immer zahlreicher gewordenen Anwohner der Amts- und Ackerstraße geht jetzt endlich in Erfüllung. Am Mittwoch ist damit begonnen worden, die Leitungsrohre für den Gasanschluß der beiden genannten Straßen zu verlegen. Hoffentlich können die Arbeiten ohne Verzögerung durch Ungunst der Witterung und ohne Unfall rasch zu Ende geführt werden. Gerade in der bevorstehenden warmen Jahreszeit ist die Möglichkeit der Verwendung von Gas zum Kochen und Baderwärmen eine nicht zu unterschätzende Annehmlichkeit.

:: **Die Bahnüberführung schwer beschädigt.** Donnerstag vormittag gegen 10,30 Uhr stürzte an der Unterführung am Bahnhof Rauxel ein Teil der Betondecke herunter, sodaß dadurch eine kleine Verkehrsstörung eintrat. Zum Glück ist durch den Vorfall niemand zu Schaden gekommen. Die Einsturzstelle befindet sich vom Bahnhofsplatz aus gesehen an der rechten Seite. Hoffentlich wird die ziemlich verwittert aussehende Bahnüberführung aus diesem Anlaß endlich der schon längst notwendigen Erneuerung gründlichst unterzogen, damit eine Gefährdung der Passanten durch herabfallende Gesteins- und Betonmassen künftighin ausgeschlossen ist.

:: **Von der Leiter gestürzt.** Der Schlosser August Ißmann aus Castrop-Rauxel II, beschäftigt bei der Firma Ibing, stürzte in der Höhe von 3 Metern von einer ausgleitenden Leiter herab. Zum Glück blieb der Unfall ohne all zu ernstliche Folgen.

Nachtbereitschaftsdienst der hiesigen Apotheken

Freitag, den 11. Juni, von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens

Alte Apotheke, Wittener Straße

Ortsteil Habinghorst

:: **Reichsbanner Habinghorst und Umgegend.** Der Vorstand des Reichsbanners Habinghorst und Umgegend bittet uns folgendes Vereinsprogramm für das Wochenende bekannt zu geben: Freitag, den 11. Juni: Ausmarsch. Antreten der ersten Kameradschaft 7,30 Uhr abends: Marktplatz Habinghorst. Zweite Kameradschaft 7,15 Uhr abends am Lokale Gremme-Ickern. Dritte Kameradschaft 7,15 Uhr abends am Lokale Plum-Bladenhorst. Sonntag, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr: Führersitzung. Referent: Kamerad Polizeikommissar Leimberger-Marten.

:: **Bettlerfrechheit.** Vorläufig festgenommen wurde von der Polizei ein Mann aus Herne, der auf der Kaiserstraße Haus für Haus bettelte und obendrein, wo er nichts erhielt, frech wurde und mit Gewalt Geld zu erzwingen versuchte.

:: **Wandergewerbevergehen** ließ sich ein Mann von auswärts zuschulden kommen, der in der alten Kolonie im Ortsteile Habinghorst dabei betroffen wurde, wie er mit Tischdecken und Wandschonern aus imitiertem Gobelinstoff handelte, ohne im Besitze des vorgeschriebenen Wandergewerbescheines zu sein. — Bei dieser Gelegenheit sei erneut vor dem Ankauf von Waren bei unbekannten Händlern gewarnt. Scheinbare Billigkeit bereitet meist nur kurze Freude. Wenn sich die Mängel in der Qualität der Ware herausstellen, ist der Verkäufer längst über alle Berge und nicht mehr haftbar zu machen.

Ortsteil Frohlinde

:: **Frohlinde bekommt Straßenbeleuchtung.** Ein langgehegter Wunsch der Frohlinder geht endlich in Erfüllung. Unser Ortsteil bekommt elektrische Straßenbeleuchtung. Seit einigen Tagen sind Arbeiter des Westf. Elektrizitätswerkes damit beschäftigt, an den Masten der elektrischen Straßenbahn die Lampen anzubringen. Vorgesehen sind vorläufig 19 Lampen in allen Teilen des Ortes. Die letzte Gemeinderatssitzung von Frohlinde hatte diesen Beschluß gefaßt, der von allen Ortseingesessenen mit Freuden begrüßt wurde. Es ist überhaupt als ein Wunder zu bezeichnen, daß bei dem starken Durchgangsverkehr in den kurvenreichen Straßen sich in der Dunkelheit noch kein ernsthafter Verkehrsunfall zugetragen hat. Hoffentlich erstrahlen die Birnen recht bald im hellsten Glanze, damit der Goethewunsch der Frohlinder „Mehr Licht!" endlich der Vergangenheit angehört.

:: **Zur Anzeige gelangte** ein Landwirt, der seinen Schweizer beauftragte, durch das durch Tafeln gekennzeichnete Sperrgebiet der Maul- und Klauenseuche, Kühe zu treiben.

:: **Alter schützt vor Torheit nicht . . .** Nachdem hier erst vor einigen Tagen ein fast 60 Jahre alter Invalide wegen Vergehens an einem noch schulpflichtigen Mädchen zur Anzeige gebracht werden mußte, wurde jetzt ein um noch 10 Jahre älterer Mann von hier, wegen der gleichen Freveltat angezeigt.

Ortsteil Bladenhorst

:: **Polizeibericht aus dem ehemaligen Amte Bladenhorst.** Zur Anzeige gelangten wegen Befahrens des Leinpfades 3 Personen von auswärts, wegen unbefugten Badens im Dortmund-Ems-Kanal eine Person ebenfalls von auswärts, und wegen Diebstahls eine Person.

:: **Betriebsunfall.** Auf einem hiesigen Werk erlitt der Arbeiter Emil Böttcher aus Castrop-Rauxel 2 dadurch einen Unfall, daß beim Entladen einer Schiebkarre mit Zement die Karre umkippte und B. mit dem Bein zwischen der Karre und einer Eisenbahnschiene zu liegen kam.

Eingesandt.

Neue Aufgaben des Vereins für Heimatpflege

Unter dieser Ueberschrift brachte das zweite Blatt des Stadtanzeigers vom 10. d. M. einen Artikel, dem ich noch einige Worte beifügen möchte. Wenn außerhalb des Industriegebietes über die Naturschönheiten desselben falsche Ansichten bestehen, so ist dies z. T. Schilderungen zuzuschreiben, wie sie z. B. vor mehreren Wochen, irre ich nicht, die Herner Zeitung brachte. Hiernach ist das Industriegebiet eine Gegend, die den Sonnenschein überhaupt nicht kennt; Regenschauer, Nebel und Rauch bedrücken das menschliche Gemüt; Frohsinn ist eine unbekannte Gottesgabe. Ist es schon unverständlich, wie ein dem Leben und Treiben im Industriegebiet offenbar gänzlich Fernstehender sich zu einer solchen Schilderung verirrt, so ist die Aufnahme eines solchen Artikels in einer Lokalzeitung unverzeihlich. Derartige Erzählungen haben vor 20 und mehr Jahren eine schwache Berechtigung

gehabt, als es die Technik noch nicht verstand, noch nicht für nötig hielt und nicht hierzu verpflichtet war, die Staub- und Rauchplage zu bekämpfen und einzudämmen. Heute ist es anders, Dank der fortgeschrittenen Technik, Dank der Tätigkeit des Ruhrsiedlungsverbandes und der Erkenntnis der Kommunen.

Unter den Naturschönheiten, die das Industriegebiet aufzuweisen hat, steht die nähere Umgebung von Castrop-Rauxel mit an allererster Stelle. Ein gutes Bekanntsein des ganzen Reviers zwischen Dortmund und dem Rhein, ein Vertrautsein mit den rheinischen Naturschönheiten berechtigen mich zu diesem Urteil, nur ist dem hiesigen Bürger im allgemeinen nicht klar bewußt, was ihm seine Umgebung bietet. Zunächst der Wald! Welch erfrischende Luft empfängt den Spaziergänger an heißen Sommertagen beim Eintritt in das „Castroper Holz" mit seinen gut gehaltenen Wegen, das nicht nur dem von der Arbeit Abgespannten Erholung bringt, auch dem durch Alter und Krankheit Ermüdeten ein Bergauf und -ab erspart, wogegen dem rüstig Wandernden der Schellenberg mit den dahinter liegenden Höhen und Tälern, sowie das Langeloh mit dem Eselberg reiche Gelegenheit gibt, in gesunder Waldluft Körper, Lunge und Herz zu stärken. Und dann der Fernblick, den die höchste Kuppe des Eselberges oder Schellenberges bietet! Im Westen erkennt man die Türme von Herne und Wanne, bei besonders klarem Wetter auch die von Gelsenkirchen, nach Norden taucht der Blick weit in das Münsterland hinein, nach Osten bis Lünen, und sagt uns der kundige Begleiter: „Das dort ist Recklinghausen, jene Zeche ist König Ludwig, Ickern oder Achenbach, dort erscheint der Kanal, jener Schornstein gehört zur Kraftstation des Schiffshebewerks bei Henrichenburg, weit hinten fährt ein Zug zwischen Suderwich und Datteln, so wächst die Heimatliebe. Oder hast Du, Leser, an dunklen, klaren Winterabenden von den umgebenden Höhen unserer Stadt hinausgeblickt und die nahen und fernen Lichter betrachtet, die sich an manchen Stellen in großer Zahl zusammenschließen, und hast Du Dir dabei auch mehr gedacht als nur, daß dort Menschen arbeiten, Werte schaffen, die auch Dir zugute kommen, auf die sich unsere heutige Kultur aufbaut? Denn nicht nur Werte werden dort geschaffen, in Deinem Inneren klingt eine verborgene Saite an, die Dir vom Rhythmus der Arbeit, von der Poesie des Lebens erzählt! —

Auch andere Städte des Kohlenreviers weisen wunderbare Plätze in ihrer Umgebung auf: Bochum in seinem herrlichen Stadtpark, Essen in seinem ausgedehnten Stadtwald mit den verschiedenen Ruhrblicken, Duisburg ebenfalls in seinem Stadtwald, an dessen Nordrande das Solbad Raffelberg liegt. Castrop hat mit dem Eingehen seiner Pferderennbahn viel verloren, s. Zt. wurden die Rennen sehr beachtet und stark besucht. Aber was einmal war, kann hier wiederkommen. Der Verein für Heimatpflege wird diesen Punkt sicher noch in seinem Zukunftsprogramm weiterführen.

Die jüngste Zeit hat uns gezeigt, daß in Castrop-Rauxel eine überaus große Anzahl alter Leute wohnen, woraus der Schluß gezogen werden darf, daß unsere Stadt nicht nur eine schöne, also aufheiternde Umgebung, sondern auch eine gesunde Luft hat, zu einem Luftkurort geradezu vorherbestimmt ist, und wo stände ein Kurhaus, ein Erholungsheim schöner als rechts vom Wege gleich hinter Schulte-Rauxel an der Anhöhe mitten im Walde, fern und doch nicht zu fern dem Getriebe des Wirtschaftslebens? Jedenfalls darf es seine Daseinsberechtigung mit dem gleichen Recht beanspruchen, wie das Kurhaus mitten in der Stadt Wanne. Hierauf die Stadtverwaltung und den Verein für Heimatpflege hinzuweisen, ist mir ein angenehmes Bedürfnis.

In jeder Stadt des Kohlenreviers empfinde ich eins als Mangel, als ein Versäumnis. Dem Revier drücken die Zechen und der Bergmann, der Kumpel, ihren Stempel auf. Kumpel nennt der Assessor seinen Kollegen, der Betriebsführer, der Steiger, der Hauer usw. ebenfalls; wir haben Zechenstraßen, Bergstraßen und deral. fast in jedem Ort, aber nirgends eine Kumpelstraße, und doch verdanken wir soviel diesen „Kumpels!" Könnte mit einer solchen Straßenbennung Castrop-Rauxel nicht den Anfag machen?

C. Schulte, Oberingenieur.

Sport

Ist Kegeln ein Sport?

Vom 17. bis 25. Juli dieses Jahres wird in Berlin das 16. Deutsche Bundeskegeln abgehalten, aus welchem Anlaß Tausende von Keglern aus allen Deutschen Gauen und auch aus Oesterreich, Amerika, Schweden, Holland usw. nach Berlin kommen werden. Da erscheint es notwendig, daß die Oeffentlichkeit etwas Näheres über den deutschen Kegelsport erfährt.

An den Begriff Kegelsport kann mancher sich noch nicht gewöhnen. Man kennt eben den Fortschritt nicht, den das Kegeln in den letzten Jahren genommen hat. Vielfach erblickt man in ihm nur das urgemütliche Kegelschieben mit seinem Drum und Dran von früher. Wer sich jedoch von dem Wesen des heutigen Kegelsports einmal überzeugt hat, wird seine vorgefaßte Meinung sofort fallen lassen. Schon die Kegelbahnen, die heute von den Verbänden angelegt werden, zeugen von ernstem sportlichen Denken. Keine Kellerbahnen, nein, freie luftige Hallen mit vielen Bahnen breiten sich vor den Augen des Beschauers aus.

Alle technischen Errungenschaften der Neuzeit sind in den Dienst der Sache gestellt worden. Alle Bahnen (Bohle, Schere, Asphalt, amerikanische Parkettbahnen) und das Kegel- und Kugelmaterial sind genau nach den Bundesvorschriften angelegt bzw. hergestellt. Die Uebungs- und Kampfbahnen sind durch Glaswände von den Zuschauern abgeschlossen. Es wird also nicht in raucherfüllten, gesundheitsgefährdenden Räumen gekämpft.

Für den Sport selbst sind vom Sportausschuß des Deutschen Keglerbundes genaue Richtlinien festgesetzt, von denen nicht abgewichen werden darf. — Im schmucken Sportanzug treten die Kämpfer an. Für das Dauerkegeln sind besondere Tage angesetzt. 100 und 200 Kugeln hintereinander, beim Großkampf 400 Kugeln in einem Gange, muß ein Sportkegler abwerfen können. Es gehört ein großes Maß von Geschicklichkeit dazu, gleichmäßig gut die Kugel aufzusetzen, um den auf Bohle üblichen Durchschnitt von 7, auf Schere 6 und auf Asphalt von 5 Holz und darüber zu erreichen.

Mit der größten Aufmerksamkeit muß der Kegler den Lauf der Kugeln beobachten. Blitzschnell weiß er zu beurteilen, was die Schuld an dem Mißerfolg dieser oder jener Kugel war, und der nächste Wurf läßt erkennen, daß die vorherige Methode nicht wieder angewandt ist. Das Abmessen des erforderlichen Kraftaufwandes, nicht zu stark und nicht zu schwach, die Aufsatzstelle, ob etwas zurück oder vor, hat der Kämpfer in kürzester Zeit erfaßt.

Die dabei erforderliche Muskelanstrengung erstreckt sich nicht nur auf die Arme, hier arbeiten auch die Bein-, Bauch- und Rückenmuskeln in gleichem Maße mit. Auge, Geist und Nerven sind aufs höchste gespannt, um herauszufinden, was noch besseren Erfolg bringen kann.

So betätigt sich der Körper in einer Weise, die in mancher Sportart in ihrer Vielseitigkeit kaum erreicht wird. Dabei wird vom Sportkegler auch verlangt, daß er neben der erforderlichen Technik sich auch einer einwandfreien Haltung befleißigt.

Wer alles das mit eigenen Augen wahrgenommen hat, der wird sicher Hochachtung vor solchen Leibesübungen haben und sein aus der Unkenntnis der Dinge hervorgegangenes Urteil richtigstellen.

Aus der Heimat

Das Rote Kreuz für Jedermann

Zum Rotkreuztag am 13. Juni 1926.

Es ist das hohe Zeichen des Roten Kreuzes, daß es mit seiner Hilfe und seiner Fürsorge für jedermann da ist. Es gibt keinen, den es, wenn er die Hände hilfesuchend nach ihm ausstreckt, abweisen oder ausschließen wird. Und es gibt wohl in Deutschland keinen, der besonders während der vergangenen Kriegsjahre nicht einmal vom Roten Kreuz einen Dienst, und sei es nur einen Rat oder eine Gefälligkeit, entgegengenommen hätte.

Jetzt verrichtet das Deutsche Rote Kreuz seine große humanitäre Friedensarbeit für jedermann. Es ist da bei plötzlichen Unglücksfällen, die bei Massenaufzügen, inneren Unruhen, bei Feuersbrünsten, Eisenbahn- und Grubenunfällen entstehen. Es greift mit seinen erprobten Sanitätskolonnen bei Katastrophen ein. Seine Schwesternschaften betreuen als Krankenpflegerinnen, Gemeindepflegerinnen oder Fürsorgerinnen nicht nur Kranke und Siechе, sondern sind helfend in den Säuglingsheimen, Erholungsheimen, Erziehungsheimen und Altersheimen zur Stelle. Alle, die sie brauchen, finden im Zeichen des Roten Kreuzes Hilfe und Unterstützung. Eine großartige soziale Fürsorge schafft mit in Mittelstands- und Altershilfe. Vor allem die Jugend will vom Roten Kreuz in dieser Zeit der Verwirrung, Verirrung und Verwahrlosung behütend geführt werden. Die Bewegung des Jugendrotkreuzes macht unter der Mitwirkung der Lehrerschaft zunehmende Fortschritte. Eine eigene Zeitschrift „Jugendrotkreuz" will die Jugend zusammenhalten im Geiste seiner Ziele: Gesundheit und Reinheit der Seele und des Körpers, und tätige Hilfsbereitschaft und gemeinsame Nutzung auch der kleinsten Kräfte.

Riesige Zahlen lassen sich zum Beweise für die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes für jedermann aufreihen. Das Deutsche Rote Kreuz zählt 2102 Sanitätskolonnen, Pflegerschaften und Samaritervereine mit rund 89 500 ausgebildeten Hilfskräften. Diese Sanitätskolonnen unterhalten 9236 ständig besetzte Unfallmeldestellen und Rettungswachen. 7200 ausgebildete Schwestern gehören dem Deutschen Roten Kreuz an; 20 000 Betten enthalten seine Anstalten der geschlossenen Fürsorge. Die Zahlen, die den Umfang dieser großen allgemeinen Wohlfahrtsorganisationen erläutern, lassen sich noch vermehren. Sie beweisen immer wieder die Bedeutung und die Bestimmung des Roten Kreuzes für jedermann.

Wie aber das Rote Kreuz für jedermann da ist, wenn er Hilfe fordert, so ist das Deutsche Rote Kreuz auch immer für jedermann da, wenn er Hilfe bringen will. Das Deutsche Rote Kreuz nimmt jeden Mitarbeiter an seiner Sache gern auf. In den Tausenden von Vereinen des Deutschen Roten Kreuzes, die über das ganze Reich verstreut sind, ist Arbeit genug für jedermann. Selbst wenn diese Arbeit eine ganz einfache Beschäftigung ist, die aus Handgriffen besteht, so ist sie hier soziale Arbeit und dient dem Ganzen.

Es wird so viel von Volksgemeinheit und Wiederaufbau gesprochen. Der erste Beweis für den Willen zur Volksgemeinschaft zeigt sich im sozialen Handeln und die erste Grundlage für den Wiederaufbau ist der soziale Friede. Beide hat sich das Deutsche Rote Kreuz auf seine Fahne geschrieben. Es arbeitet somit im besten Sinne für jedermann.

:: **Preußischer Beamten-Verein zu Hannover,** (Lebensversicherungsverein a. G.). Dem Verein ist eine Satzungsänderung genehmigt worden, wonach die früher in der Satzung festgesetzte Nachschußpflicht der Mitglieder beseitigt worden ist. Es ist dies in Deutschland der erste Fall, daß ein deutscher Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit ohne Nachschußpflicht zum Geschäftsbetriebe zugelassen ist. Gleichzeitig hat der Preußische Beamten-Verein zur Verteilung der Ueberschüsse an seine versicherten Mitglieder den natürlichen Dividendenplan eingeführt. Der Ueberschuß wird hiernach vom ersten Versicherungsjahre an zum größten Teil sofort unter die Versicherten aufgeteilt, und jeder Versicherung kommt der Anteil zugute, mit welchem sie an der Gewinnbildung beteiligt gewesen ist.

Die Förderung des Milchverbrauchs in Preußen. Die Bestrebungen des Reichsausschusses zur Förderung des Milchverbrauchs werden, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, in einem Rundschreiben des preußischen Landwirtschaftsministers aufs wärmste begrüßt. Der Minister ersucht die nachgeordneten Behörden, in den jeweiligen Bezirken auf Schaffung geeigneter Organisationen zur Förderung des Milchverbrauchs mit allem Nachdruck hinzuwirken. Für die Leitung der provinziellen Organisationen soll eine möglichst unparteiische Persönlichkeit ausgewählt werden.

Der Provinzialparteitag der Westfälischen Zentrumspartei findet am 17. Juni 1926, vormittags punkt 10 Uhr beginnend, im großen Saal des kath. Vereinshauses zu Hamm i. W. statt. Es werden sprechen: die Herren Senatspräsident Dr. Schulte-Breslau, M. d. R. und Professor Dr. Linneborn, M. d. L., über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern und Abg. Johannes Becker, Arnsberg, M. d. R., über die derzeitige innen- und außenpolitische Lage. Die Provinzialparteileitung erwartet wegen der Wichtigkeit der Verhandlungsgegenstände vollzählige Teilnahme.

Musikdirektor Hoffmann in Bochum in den Gesamtausschuß und die Musikkommission des Deutschen Sängerbundes gewählt. Der Gesamtausschuß des Deutschen Sängerbundes tagte zu seiner diesjährigen Hauptversammlung in den Pfingstferien in Schwäbisch-Gmünd unter Leitung des Vorsitzenden, Rechtsanwalt List, Berlin. Zu Beginn der Tagesordnung wurden die drei eingeladenen Herren Professor Buck, Tübingen, Musikdirektor Hoffmann, Bochum, Landeshauptmann Schumy, Klagenfurt, in den Gesamtausschuß gewählt. Professor Buck und Musikdirektor Hoffmann wurden außerdem zu Mitgliedern der Musikkommission des Deutschen Sängerbundes ernannt.

— **Verkaufszeiten für Betriebsstoffe von Kraftfahrzeugen.** Mit Rücksicht auf die starke Entwicklung des Kraftwagenverkehrs hat der preußische Handelsminister ausnahmsweise unter Abweichung von den Vorschriften der Gewerbeordnung unter Vorbehalt des Widerrufs die Abgabe von Betriebsstoffen an Kraftfahrzeuge auch für die Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, sowie für die Sonn- und Festtage gestattet. Soweit die Versorgung nicht durch eine besondere Tankanlage, sondern in einer offenen Verkaufsstelle erfolgt, in der auch andere Waren feilgehalten werden, gilt die Ausnahme nur dann, wenn der Betriebsstoff aus einem von dem allgemeinen Verkaufsraum völlig getrennten Lager abgegeben wird. Arbeitnehmer, die an einem Sonn- oder Festtage in Anspruch genommen werden, sind an den beiden folgenden Sonn- oder Festtagen von jeder Arbeit freizulassen. Jugendliche (unter 16 Jahren alt) Arbeitnehmer dürfen während der oben angegebenen Zeit nicht beschäftigt werden. Bei der Aufbewahrung von Betriebsstoffen müssen alle sicherheitspolizeilichen Vorschriften beachtet werden. Ebenso sind die Schutzvorschriften für Arbeitnehmer sorgfältig zu beachten und den Angestellten ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren.

Wiederholung einer erfolglosen Pockenimpfung. In einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt, in dem Paragraph 3 des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 ausgelegt wurde, hieß es, daß eine erfolglose Impfung spätestens im nächsten Jahre zu wiederholen sei, was nicht ausschließe, daß die Impfung sogleich bei der Feststellung des Mißerfolges der ersten Impfung wiederholt werde. Bei dringender Pockengefahr solle dies die Regel sein. Dieser Erlaß ist, wie der Volkswohlfahrtsminister ausführt, insofern mißverstanden worden, als eine Polizeiverwaltung annahm, unter Berufung auf ihn polizeiliche Zwangsmaßnahmen durchführen zu können. Der Minister weist darauf hin, daß dies nicht angängig ist, daß vielmehr eine zwangsweise Impfung nicht vor Ablauf des nächsten Kalenderjahres erfolgen kann.

Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat das Staatsministerium beschlossen, sofort einen Teil der für das Rechnungsjahr 1926 vorgesehenen Mittel für Bauunterhaltung und Neubauten zur Verfügung zu stellen. Dadurch sollte die Möglichkeit geschaffen werden, im Baugewerbe tätigen Kräften schon während der ungünstigen Jahreszeit, besonders auch bei Innenbauten, Beschäftigung zu bieten. Die Regierungspräsidenten wurden mit Anweisungen über die sofortige Inanspruchnahme und Verteilung der Bauarbeiten versehen. — Leider kann von einem nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht gesprochen werden. Während noch im Jahre 1925 in den Monaten April, Mai und Juni stellenweise von einem Mangel an Facharbeitern im Baugewerbe berichtet wurde, ist in diesem Jahre nicht nur ein Stillstand, sondern teilweise sogar eine Zunahme der Arbeitsuchenden im Baugewerbe zu verzeichnen.

:: **Schont die Hummeln.** Oft sieht man, daß den Hummeln von Kindern nachgestellt wird; das ist bedauerlich, denn es sind nützliche Glieder in dem Haushalt der Natur. An die hochgeschätzten Bienen reichen sie allerdings nicht heran, dagegen sind sie über die Hornissen sowie über die Wespen hoch erhaben. Gleich den Bienen ist ihnen die Bestimmung geworden, bei der Suche nach Nahrung gleichzeitig die Blüten zu befruchten, indem sie den Pollen unbewußt von Blume zu Blume tragen. Namentlich der Rotklee, dessen lange Blütenröhre ihrem Honigrüssel kein Hindernis bieten, ist auf ihre Mithilfe angewiesen. Die Blüten der Beerensträucher und unsere Obstbäume werden von ihnen sehr gern aufgesucht. Auch bei kühlem, trübem Wetter, selbst bei gelindem Regen, wenn sich kein Bienlein mehr hervortraut, sind sie an der Arbeit. Hierdurch werden sie dem Landwirt und Gartenbesitzer ungemein nützlich.

Handel

Berlin, 10. Juni. Die Erwartung von günstigen Mitteilungen in der heutigen Generalversammlung der Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.-G. über die Geschäftslage regten die Kauflust allgemein an. Zudem lagen zu Beginn größere ausländische Kaufaufträge vor, besonders für Kohlenwerte. Die Anfangsnotierungen am Montanmarkte stellten sich für die Kohlenwerte meist um 2—3 Prozent höher. Farbenindustenrie setzten mit einer Besserung um 4 Prozent ein. Elektrizitätsaktien waren gleichfalls gesteigert. Von Maschinenfabrikaktien gewannen Ludwig Loewe 5 Prozent, Schubert u. Salzer 2 Proz., Daimler 3¼ Prozent. Auch für Textilwerte bestand Interesse. Hammersen 2¼ Prozent höher. Von den Werten des Spritkonzerns setzten Ostwerke mit einer Besserung um 4½ Prozent ein. Auch Schultheiß zogen im Kurse an. Schiffahrtsaktien waren im allgemeinen vernachlässigt und wenig verändert; nur Kosmos wurden mit 3prozentiger Erhöhung stark gekauft. Bankaktien stellten sich etwa 1—1½ Prozent höher. Der deutsche Anleihemarkt blieb während des ganzen Verlaufes äußerst lebhaft, die Kurse schwankten allerdings wegen Realisationen etwas, die feste Grundstimmung blieb aber erhalten. Farbenindustrie konnten den Anfagsgewinn nur zum kleineren Teil behaupten. Geld ist reichlich angeboten. Tagesgeld 4 bis 5½ Prozent, Monatsgeld wurde nicht verlangt.

Die Börse schloß bei andauernd fester Tendenz in freundlicher Stimmung aber zumeist infolge Gewinnrealisierungen zu etwa ermäßigten Kursen. Schlußkurse: Harpener 128¾, Farbenindustrie 195½, Siemens 154¾, Schuckert 111⅝, Luxemburger 115, Paketfahrt 138, Deutsche Bank 135½.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 10. Juni. Da die Auslandsforderungen teilweise beträchtlich erhöht waren, waren die Weizenlieferungspreise in den Eröffnungsnotierungen 1 bis 2 ℳ fester gehalten. Die Mühlen bekunden ständig Nachfrage für Weizen, da das Weizenmehlgeschäft fester geworden ist. Roggen beginnt allmählich knapper zu werden. Das geringe Angebot wurde bei 1—2 ℳ höheren Preisen glatt aufgenommen. Besonders besteht von der Küste dauernde Nachfrage. Mehl blieb in feinen Sorten und den Preisen unverändert. Hafer hatte gestrige Preise. Das Geschäft hielt sich aber in engen Grenzen, weil die Käufer Zurückhaltung beobachten. Gerste ist in guter Ware gefragt.

Dortmunder Getreidebörse.

Dortmund, 10. Juni. Inl. Weizen ohne Angebot, nominell 31,50, inl. Roggen 21—21,50, westfälischer, pommerscher Weißhafer und inl. Gerste nicht notiert, ausl. Weizen 30,50—33, ausl. Roggen 22—23,50, ausländischer Hafer 19,75—23, ausl. Gerste 19,50—20,50, Plata-Mais 17,50—18,50, Cinquantino-Mais 19,50 bis 20, Bäckermehl 41—41,50, Weizenmehl 39,50—40, Roggenmehl 30,50—31,50, Weizenkleie 9,25—12 ℳ. Tendenz: Der Markt war gut besucht. Für Futtergetreide bestand starke Nachfrage. Die Preise sind Großhandelsverkaufspreise und verstehen sich für 100 Kilogramm waggonfrei Dortmund in Ladungen von 10—15 Tonnen. Rauhfutterpreise wurden nicht notiert.

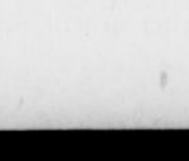
Wie wird das Wetter?

Wetterbericht der Wetterdienststelle Essen.

Das neue ozeanische Tief hat sich schnell dem Festlande genähert. Sein erster Ausläufer ist zur Nordsee gezogen und brachte uns in der Nacht Gewitter. Wenn auch im Südwesten der Luftdruck steigt, so ziehen doch weitere Randtiefs vom Ozean heran, so daß das Wetter veränderlich bleibt. Bei südwestlichen Winden und Temperaturen zwischen 13 und 19 Grad herrschte heute morgen in Deutschland meist wolkiges, im Westen teilweise regnerisches Wetter.

Vorhersage bis Samstag: Veränderlich, vereinzelt Regenschauer, strichweise in Gewitterbegleitung bei auffrischenden südwestlichen Winden und wenig veränderten Temperaturen.



Du kommst sehr schnell und knirscht zum Zinln,
Kaufst Du nur Waschmaschinen „Miele".


Liberum Veto

Warschauer Brief.

Das alte Polen war eine Adelsrepublik mit einem repräsentativen Wahlkönig an der Spitze. Vertretung des Adels war der sprichwörtlich gewordene „polnische Reichstag", dessen Beschlüsse einstimmig sein mußten. Jeder Deputierte konnte jeden Beschluß durch sein „liberum Veto" verhindern. Es war die organisierte Sabotage. Außerdem hatte der Adel das Recht der Konföderation, d. h. das Recht, kleine Republiken innerhalb der großen zu bilden. An dieser „Liberität", die in manchen Zügen an das alte Heilige Römische Reich deutscher Nation erinnert, ist das alte Polen zugrunde gegangen. Es wurde wie eine Torte zerschnitten und zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen zerteilt.

Aus der Geschichte lernt man bekanntlich, daß die Völker nichts aus ihr gelernt haben. Bei der Konstruktion der Verfassung der demokratischen Republik Neupolen hat man selbstverständlich das alte liberum Veto nicht wiederhergestellt, aber Einrichtungen geschaffen, deren Wirkungen es gewissermaßen ersetzen. Das Staatsoberhaupt, der Präsident, ist ebenso eine repräsentative Figur, wie es der Wahlkönig war. Das wahre Staatsoberhaupt ist der „Sjem" (das Parlament) und seine Souveränität zeigt sich darin, daß es nicht vom Präsidenten aufgelöst werden, sondern sich nur durch eigenen Beschluß, der mit Zweidrittelmehrheit gefaßt sein muß, selbst auflösen kann.

Bei der Zersplitterung der Parteien und der „Klubs" (Fraktionen) kommt das praktisch darauf hinaus, daß schier alle Mitglieder aller Klubs und Klübchen der Auflösung zustimmen müssen. In der Wirklichkeit wird es nie gelingen, die Zweidrittelmehrheit für den Selbstmord des Sjem zusammenzubekommen. Der Sejm ist allmächtig, der Staatspräsident hat nicht viel zu sagen.

Wird der neue Staatspräsident, Professor Moscicki (sprich: Moschitzki), unterstützt von seinem Wahlmacher und Hintermann Pilsudski, die Kraft und die Macht haben, dieses Verhältnis zu ändern? Das Parlament hat sich also gänzlich unfruchtbar erwiesen, um die wirtschaftlichen Aufgaben, die ihm gestellt sind, zu lösen. Polen braucht Ersparnisse im Militärbudget, eine Friedenspolitik gegenüber allen Ländern und eine Agrarreform. Nichts davon hat das Parlament dem Lande geben können. Es müßten Neuwahlen unter dieser Plattform stattfinden. Dazu müßte Moscicki zunächst den Sejm auf legalem Wege auflösen dürfen, aber das darf er nicht, oder er würde ihn zur Selbstauflösung überreden, ein Kunststück, das ihm kaum gelingen wird. Vielleicht wäre es Pilsudski gelungen, wenn er, wie die Linke gehofft hatte, das Amt des Staatspräsidenten angenommen hätte. Aber Pilsudski scheint zu glauben, — und das ist wohl der schwache Punkt seiner Rechnung — er übe als Souffleur des Staatspräsidenten stärkeren Einfluß aus als in der Rolle selbst. Dieser Kalkül ist aber nicht auf die naive Psychologie des polnischen Volkes berechnet. Das fühlt sich enttäuscht, weil sein Liebling, der Mann, den es als Befreier anbetet, nicht einfach mit seinen Legionären die Kammer, die er reinigen will, persönlich ausgefegt hat.

Neuwahlen hätten zweifellos klarere parlamentarische Verhältnisse geschaffen. Sie hätten vor allem auch in den Landesteilen außerhalb Kongreßpolens den partikularistischen Strömungen Abtrag getan. Man darf sich nicht vorstellen, daß diese partikularistischen Bestrebungen den Deutschen nützlich sind. Oder glaubt man, die Deutschen hätten von einem Korfanty oder Bninski etwas zu hoffen. Diese Herren, die sich Autonomisten nennen, kommt es nur darauf an, die Steuerkraft der Deutschen für ihre engeren und engsten polnischen Landsleute auszunutzen. Warschau soll nichts von diesen Geldern haben, aber Posen und Oberschlesien, soweit sie nationalistisch-polnisch sind. Wenn die Deutschen eine, wenn auch nur geringfügige Besserung ihres Loses erhoffen können, so kann sie nur von einer Linksregierung in Warschau kommen.

Trotz aller Autonomiebestrebungen fühlen Bninski und Korfanty sich durch den Versailler Vertrag so geschützt, daß sie eine Aenderung der Grenzen für unmöglich halten. Man muß ja bei der Beurteilung der neueren Geschichte Polens immer zugrunde legen, daß Neupolen den Schutz Westeuropas in einem solchen Maße genießt, daß es trotz aller inneren Zwistigkeiten vor einer neuen Teilung sicher ist. Die Zeit der Konföderation ist endgültig vorbei.

Der große Jammer ist die wirtschaftliche Not, die ihren letzten Grund in der fabelhaften Kultur- und Bedürfnislosigkeit der Bauern in Ost- und Südpolen hat. Wie in Rußland geht die allmähliche Weckung der kulturellen Bedürfnisse vom Industriearbeiter aus, der trotz allem Elend, unter dem er in den Städten leidet, doch nicht wieder aufs Land zurückkehren möchte. Von diesen Arbeitern geht die Propaganda auf den Dörfern aus, die langsam, aber sicher in die Gehirne eindringt und die Bauern zunächst einmal über ihr Elend aufklärt. So verbreitet sich von der Fabrik her eine agrarkommunistische Gesinnung bei den ärmeren Bauern, die sich zunächst im Schrei nach „Mehr Land!" Luft macht. Wenn diesem Schrei nicht durch eine Agrarreform, die das Land der Großgrundbesitzer unter die Kleinbauern verteilt, Rechnung getragen wird, ist eine Agrarrevolution zu befürchten. Der Grundsatz der Agrarreform ist bei der Verkleinerung der bisher deutschen Latifundien angenommen, jetzt käme es darauf an, ihn auch auf polnischem Boden durchzuführen. Wirksam könnte eine Reform nur aber nur sonnn dann chkjjjjs ffchckk aber nur sein, wenn Polen gleichzeitig sein Militärbudget einschränkt und das Geld zur Verbesserung der Landwirtschaft verwendet. Dann wird auch der Bauer allmählich zum Konsumenten der einheimischen Industrieerzeugnisse erzogen werden können. Alle wichtigen Fragen für Polen stecken in der Agrarreform. Gelingt sie nicht, so ist das Land unweigerlich den Erschütterungen der Bauernrevolution preisgegeben, mag diese auch noch einige Zeit auf sich warten lassen.

29. Direktorenkonferenz der höheren Schulen Westfalens

Soest, 11. Juni. Nachdem vor sieben Jahren die letzte Direktorenkonferenz der höheren Schulen Westfalens in Bielefeld getagt hatte, trat die Konferenz am 8. Juni zum ersten Male wieder in Soest zusammen. In einer Begrüßungsitzung am Dienstag nachmittag hieß Geheimrat Winter vom Provinzialschulkollegium Münster die etwa 150 Teilnehmer im Festsaale der Bürgerressource willkommen.

Am Abend bewillkommnete Bürgermeister Kleim die Tagung im Namen der Stadt Soest, wobei er hervorhob, daß Soest zwar manches nicht bieten könne, was die Industriestädte zu geben hätten, dafür habe die Stadt Soest jedoch neben ihren interessanten alten Häusern und Gassen viel Natur- und Kunstgeschichtliches zu offenbaren. Den Beschluß des Abends bildete ein Lichtbildervortrag des Pastors Clarenbach-Borgeln über Geschichte und Kunst der Stadt Soest. Am Mittwoch morgen begann die Vortragsreihe der Konferenz über Formen und Grenzen des Arbeitsunterrichts. Berichterstatter waren: für Mathematik und Naturwissenschaften Oberstudiendirektor Dr. Paetz vom Hindenburg-Realgymnasium in Dortmund; für alte Sprachen Studiendirektor Dr. Wiedenhöfer vom Gymnasium in Dorsten; für neuere Sprachen Oberstudiendirektor Dr. Krüper von der Oberrealschule in Hagen. —

Der Nachmittag war ausgefüllt mit zwei Vorträgen. Das Thema des ersten Vortrages lautete: „Inwiefern ist eine Einführung in die Eigenart der Tonkunst und ihrer Meisterwerke möglich, so daß ein dem Einfühlen in die Dichtkunst ähnliches Verständnis für die Musik erreicht wird?" Als Hauptberichterstatter referierte Studiendirektor Kumpf vom Lyzeum in Witten, als Mitberichterstatter Studiendirektor Meinhold vom Schillergymnasium in Münster.

Die Begrüßung am ersten Arbeitstag erfolgte durch Oberschulrat Dr. Bredtmann, Münster, der besonders auch den Vertreter des Ministers, Ministerialrat Metzner, willkommen hieß.

Nach den beiden Hauptvorträgen am Nachmittag sprach noch Oberstudiendirektor Reuschenberger vom Realgymnasium in Lippstadt über „Die körperliche Ertüchtigung der Jugend außerhalb des Turnunterrichtes".

Gestern morgen erfolgten zwei Vorträge. Ueber den ersten Vortrag „Vorbildung, Ausbildung und Auswahl des Lehrernachwuchses" referierten Oberstudiendirektor Dr. Wenderoth vom Bismarck-Realgymnasium in Dortmund und Frau Oberstudiendirektor Güldenpfennig von der Annette von Droste-Hülshoff-Schule in Münster. Zum zweiten Vortrag „Neuordnung der Reifeprüfung im Hinblick auf die durch die Richtlinien festgesetzten Lehrziele" sprach Oberstudiendirektor Uppenkamp vom Paulinischen Gymnasium in Münster.

Nachmittags erfolgte ein Ausflug an die Möhnetalsperre. Heute wird die Tagung beschlossen mit der Aussprache über folgende Verhandlungsgegenstände: 1. Die freien Arbeitsgemeinschaften; 2. Ueber die häuslichen Arbeiten; 3. Beantwortung und Aussprache über etwaige weitere kleinere Verhandlungsgegenstände.

Die endgültige Konstituierung der „Deutschen Luft-Hansa"

Ein Aktienkapital von 25 Mill. Mk. vorgesehen

Berlin, 9. Juni. Der deutsche Luftverkehr hat seit Beginn der diesjährigen Flugperiode durch den Zusammenschluß der beiden großen Konzerne „Junkers Luftverkehrs A.-G." und „Aero Lloyd" zur „Deutschen Luft-Hansa" eine Vereinfachung und damit eine einheitliche Leitung bekommen. Der Zusammenschluß ist bekanntlich auf Betreiben des Reiches erfolgt. Die im Januar getätigte Gründung mit einem Kapital von 50 000 Mark ist allerdings nur formeller Natur gewesen. Die inzwischen geführten Verhandlungen über den endgültigen Aufbau der „Luft-Hansa" sind sehr langwierig gewesen, haben nunmehr greifbare Gestalt angenommen, so daß in einer am 15. Juni stattfindenden Sitzung in Berlin die Umgruppierung erfolgen kann. Es soll dort Beschluß gefaßt werden über die Erhöhung des Aktienkapitals von 50 000 Mark auf 25 Millionen Mark. Die Aufbringung dieses Kapitals wird in folgender Weise erfolgen: Die Beteiligung des Reiches beträgt 26 Prozent gleich 6 500 000 Mark, die der Länder 19 Prozent gleich 4 750 000 Mark, die regionalen Luftverkehrsgesellschaften erhalten 27,5 Prozent Beteiligung gleich 6 875 000 Mark und die Privatwirtschaft, vertreten durch die beiden obengenannten Konzerne „Junkers" und „Aero-Lloyd" ebenfalls 27,5 Prozent gleich 6 875 000 Mark. Reich und Staat sind demgemäß in der Minderheit, so daß das entscheidende Uebergewicht der regionalen Luftverkehrsgesellschaften und der Flugzeugindustrie gewährleistet ist.

In der erwähnten Sitzung am 15. Juni wird auch die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgen. Für je 400 000 Mark übernommene Aktien soll ein Aufsichtsratssitz eingeräumt werden. Die „Luftverkehrsgesellschaft Ruhrgebiet" („Lurag") wird sich entsprechend ihrer Bedeutung mit einem Aktienkapital von 1,2 Millionen Mark beteiligen. Sie erhält dafür drei Aufsichtsratssitze. Hierfür sind in Aussicht genommen Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister a. D. Dr. Most-Duisburg, Oberbürgermeister Dr. Lempke-Mülheim-Ruhr und Oberbürgermeister Dr. Ruer-Bochum.

Der Flugverkehr erfordert nach dem heutigen Stand der Technik noch recht erhebliche Zuschüsse und zwar rechnet die „Luft-Hansa" für den geflogenen Kilometer einen Zuschuß von 2 Mark bei Einsetzung eines Kleinverkehrs-Flugzeuges. Die „Luft-Hansa" fliegt nur dann, wenn sie Geldgeber findet, die ihr diesen Zuschuß garantieren. Hierfür kommen in Frage das Reich, die Länder, die regionalen Luftverkehrs-Gesellschaften bzw. die Flughafen-Besitzer. Das Reich stellt außer seiner Beteiligung an der Luft-Hansa ein Kapital von 5 Millionen Mark zur Subventionierung des Flugverkehrs zur Verfügung. Der größte Teil dieser Summe, etwa 4 Millionen Mark, entfällt auf die Subventionierung des internationalen Flugverkehrs, also der Flugverkehrsstrecken, die ins Ausland führen. Für die „Lurag" kommt dabei in Frage die Linie Dortmund—Essen—Mülheim — Rotterdam —London sowie die Linie London—Amsterdam—Düsseldorf—Köln—Frankfurt—Basel, die beide voll subventioniert werden. Ueber dem „Lurag"-Flughafen in Essen-Mülheim wird auch die vom Reich subventionierte Verbindung Paris—Berlin geführt. Hierfür muß aber eine bestimmte Anzahl von Fluggästen täglich durch die „Lurag" garantiert werden. Das Reich subventioniert ferner, allerdings nur zur Hälfte, oder gar mit dem vierten Teil der Kosten, eine Reihe von innerdeutschen Strecken, an denen es ein besonderes Interesse hat. Auch die Länder geben Zuschüsse in halber oder viertel Höhe. Die übrigen Teile der Zuschüsse müssen von den Flughafenbesitzern aufgebracht werden, deren Flughäfen angeflogen werden. „Luft-Hansa" hat außer den Zuschüssen der Subventionsträger noch Einnahmen aus dem Passagier-, Fracht- und Postverkehr. An diesen Einnahmen sind die Flughafenbesitzer insofern beteiligt, als ihnen ein bestimmter Prozentsatz der Einnahmen aus diesem Verkehr gutgeschrieben wird und zwar desjenigen Verkehrs, der auf ihrem Flugplatz aufkommt.

Die Forderungen Elsaß-Lothringens

Der Wortlaut des Aufrufs des elsaß-lothringischen Heimatbundes.

Saarbrücken, 9. Juni. Der neugegründete elsaß-lothringische Heimatbund ist in einem von etwa 100 Persönlichkeiten unterzeichneten „Aufruf" an alle heimattreuen Elsaß-Lothringer" an die Oeffentlichkeit getreten, in dem die vollständige Autonomie Elsaß-Lothringens im Namen Frankreichs gefordert wird. Es heißt da: „In schicksalsschwerer Stunde treten die Unterzeichneten vor das elsaß-lothringische Volk, um es zur Tat aufzurufen. Längeres Zögern wäre Verrat an unserem Volkstum, denn das Maß ist voll bis zum Ueberlaufen. Sieben Jahre lang haben wir zugesehen, wie man uns Tag für Tag an unserer eigenen Heimat entrechtet hat, wie alle die Versprechungen, die man uns feierlich gegeben hat, mißachtet worden sind, wie man unsere Rasseeigenschaften und Sprache, unsere Ueberlieferungen und Gebräuche zu erdrosseln sucht. Wir wissen nunmehr, daß die Assimilationsfanatiker es auf Wesen, Seele und Kultur des elsaß-lothringischen Volkes abgesehen haben, wobei sie nicht einmal vor Fragen der inneren Ueberzeugung und des Gewissens Halt machen. Alle diese Dinge wollen wir unter keinen Umständen weiter ertragen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Sicherung und lebendige Auswirkung der Heimatrechte des elsaß-lothringischen Volkes usw. nur gesichert sind, wenn wir als nationale Minderheit die vollständige Autonomie Elsaß-Lothringens im Rahmen Frankreichs erhalten. Diese legislative und administrative Selbständigkeit soll ihren Ausdruck finden in einer vom Volk gewählten Vertretung mit Budgetrecht und einer Exekutivgewalt mit dem Sitz in Straßburg. Der Aufruf fordert weiter Anerkennung der deutschen Sprache als Muttersprache, vollständige Autonomie des elsaß-lothringischen Eisenbahnwesens, Reform des Steuerwesens und Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Er schließt mit den Worten: „Es lebe ein selbstbewußtes, starkes und freies Elsaß-Lothringen!"

Der kommende Rücktritt Tirards

Paris, 9. Juni. Der Petit Parisien bestätigt die vor einiger Zeit von der Ere Nouvelle verbreitete Nachricht, daß der französische Delegierte in der Rheinlandkommission, Tirard, zurücktreten wird.

Ein Knigge für Amerika

Ein Leitfaden für Auswanderer

Wenn man in den Statistiken nachliest, wieviele Oesterreicher trotz der strengen Einwanderungsbestimmungen in Amerika, vor allem in den USA., jährlich dahin auswandern, dann begreift man erst, wie wichtig dieses Problem für diejenigen ist, die in Oesterreich keine Beschäftigung oder nur unzureichend bezahlte Arbeit finden können. Das Risiko der Auswanderer ist ungeheuer groß und kann selbst durch entsprechende Aufklärung durch Landeskundige niemals ganz aus der Welt geschafft werden. Dennoch ist es für den Auswanderer in das moderne und den europäischen Staaten in jeder Hinsicht überlegene Amerika von größter Bedeutung, zu erfahren, wie man in den Vereinigten Staaten vorwärts kommen kann. Daß das Geld dort nicht mehr auf der Straße liegt, weiß man längst. Aber darum weiß man noch lange nicht, wie der Intelligente es anfangen muß, um drüben sein Brot verdienen zu können. Ein interessantes Büchlein, „Wie komme ich in den Vereinigten Staaten vorwärts?" (Verlag der Gutzmannschen Buchdruckerei in Dresden), versucht, darüber Aufschluß zu geben. Der Verfasser der Broschüre, Johannes Saalfeld, hat viele Jahre in den USA. gelebt und stellt sein Wissen nun den Auswanderungslustigen zur Verfügung.

Ein Kapitel der Broschüre ist „Der amerikanische Knigge" überschrieben und lehrt, wie man sich drüben benehmen muß, um nicht Anstoß zu erregen. In das Privatkontor eines Chefs kann man getrost mit bedecktem Haupte eintreten, dafür muß man zum Beispiel im Fahrstuhl den Hut abnehmen, wenn man mit einer Dame fährt. Der Fahrstuhl wird als Zimmer betrachtet, das Geschäftslokal dagegen nicht. Den Damen küßt man nicht die Hand. Man schlägt auch nicht die Hacken bei der Begrüßung zusammen. Begrüßt man eine Dame, so wartet man ab, bis sie die Hand reicht; begrüßt man einen Herrn auf der Straße, so nimmt man den Hut nicht ab, will man nicht für ein „Greenhorn" gehalten werden. Auf der Straße geht der Herr nicht auf der linken Seite der Dame, sondern stets auf der Rinnsteinseite. Und man sei vorsichtig im Gespräch! Nicht klagen! Nicht die „schlechten Zeiten" ständig im Munde führen. Denn der Amerikaner würde sonst meinen, man wolle ihn anpumpen, und mit Recht verstimmt werden.

Was kann man drüben also „werden"? Vor allem Hausierer. Man erschrecke nicht! Drüben ist das der Anfang einer Karriere. Man beginnt mit dem Austragen von Zeitungen und endet mit einer eigenen Office. Oder man richtet einen Zeitschriftenlesezirkel ein, oder versucht es als Agent für Haushaltungsartikel. Agenten werden immer und überall gesucht. Auch durch Adressenschreiben kann man Geld verdienen oder, wenn man ein Musikinstrument beherrscht, durch Erteilen von Musikunterricht. Ein bis zwei Dollar für die Stunde ist das übliche Honorar. Mehrere Musiker zusammen wieder können ein Orchester bilden und sich bei festlichen Anlässen gegen entsprechendes Honorar anbieten. Dann empfiehlt es sich für die Orchestermitglieder aber, sich mit möglichst phantastischen Uniformen zu versehen.

Eine der Hauptmöglichkeiten bietet aber das Unterkommen in einem der zahlreichen Versicherungsbüros. In Amerika ist das Versicherungswesen zur Wissenschaft ausgebildet und steht auf der sozialen Rangstufe des Bankgeschäftes, um so mehr, als es gleichfalls an eine Bewilligung gebunden ist. Nur lizenzierte Personen dürfen als Versicherungsagenten tätig sein. Man hat die Wahl, als Makler oder als Agent einzutreten. Der letztere arbeitet nur für eine Gesellschaft. Es gibt Lebens- und Feuerversicherungen, dann die Unfallbüros, worunter Automobil-, Glas-, Haftpflicht-, Kompensations-, See-, Transport-, Gepäcks-, Einbruchs- usw. Versicherungen fallen. Besonders Autoversicherungen sind einträglich. Mit fünfzig Automobilpolicen im Jahre kann man zur Not leben.

So gibt das Büchlein eine Reihe von praktischen Winken, die nicht zu unterschätzen sind. Im allgemeinen aber setzt es folgende beiden Regeln fest: Man soll nicht auswandern, wenn man das fünfunddreißigste Lebensjahr bereits überschritten hat, denn drüben ist das schon „Alter". Nur Spezialisten haben Aussichten, auch wenn sie älter sind. Und außerdem soll man nur auswandern, wenn man vollkommen gesund ist. Denn die ärztlichen Untersuchungen sind äußerst streng.

Der Kampf um Professor Lessing.



Durch den Streikbeschluß der Studenten ist die Angelegenheit der Technischen Hochschule zu Hannover in ein äußerst kritisches Stadium gerückt, so daß mit deren Schließung gerechnet werden muß.

Das „Institut für Lebenshilfe"

Eine neue soziale Einrichtung in Berlin



Dr. med. Heinrich Dehmel, der Sohn des bekannten Dichters Richard Dehmel, hat in Berlin ein „Institut für Lebenshilfe" gegründet, das Menschen in seelischer und Liebesnot helfen soll. Die Einrichtung dieses Instituts ist in unserer, an seelischer Not so reichen Zeit, sehr begrüßenswert.

DIE ZEITUNG IM BILD

Der Kammerdiener Kaiser Wilhelms I. 80 Jahre alt.



Gustav Staege, der frühere langjährige Kammerdiener Kaiser Wilhelms I., beging dieser Tage, geistig und körperlich rüstig, seinen 80. Geburtstag. Staege nimmt an den Ereignissen des täglichen Lebens noch regen Anteil und gedenkt gern in wehmütiger Freude seiner langjährigen verantwortungsvollen Tätigkeit im Dienste des alten Kaisers. Staege erhielt zu seinem Geburtstage zahlreiche Glückwünsche.



Staatsminister a. D. von Loebell,

der in den letzten Tagen vielgenannte Präsident des Reichsbürgerrates.



Reichsminister a. D. von Schlieben, Präsident des Landesfinanzamtes in Sachsen.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben, der zum Präsidenten des Landesfinanzamtes in Sachsen ernannt wurde.

Zeitgenossen in der Karikatur.



Zum Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund. Bernades, Präsident der Republik Brasilien: „Wenn Tante Völkerbund mich nicht gleich Großpapa spielen läßt, dann mach' ich lieber gar nicht mit."



Die Totenmaske Oefers. (Von dem Berliner Bildhauer Scharff aufgenommen.)



Trauerfeier für Oefer.

Der Sarg Oefers auf der Bahre im großen Saal des Verwaltungsgebäudes der Reichsbahngesellschaft in Berlin.

Beginn der großen Wirtschafts-Enquete. Abgeordneter Dr. Lammers zum Vorsitzender ernannt.



Zentrumsabgeordneter Dr. Lammers, der von der Reichsregierung zum Vorsitzenden der am Montag eröffneten großen Wirtschafts-Enquete ernannt wurde. Die Enquete, welche die Klärung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zur Aufgabe hat, findet auf Grund eines Reichsgesetzes vom 15. April ds. Js. statt. Sie vereinigt in sich die besten Kenner der deutschen Wirtschaft, Parlamentarier, Männer des praktischen Wirtschaftslebens, Professoren der Nationalökonomie und Wirtschaftspolitiker. Hoffentlich wird es ihr gelingen, die Ursachen der jetzigen Krise aufzudecken und den Weg zu weisen, den die deutsche Wirtschaft zu ihrer Wiedergesundung gehen muß. Die Arbeiten der Wirtschafts-Enquete werden voraussichtlich 1 bis 1½ Jahre in Anspruch nehmen.

Dr. Peltzer läuft Weltrekord!



Der bekannte deutsche Läufer Dr. Peltzer stellte bei dem leichtathletischen Meeting des Budapester Athletik-Clubs am letzten Sonntag einen neuen Weltrekord im 500 Meter-Lauf auf. Peltzer lief diese Distanz in einer Minute 03,6 Sekunden.





100 Jahre Bad Mergentheim. Bad Mergentheim, das liebliche Städtchen im Frankenland, feiert in diesem Jahr das hundertjährige Jubiläum der berühmten Karls-Quelle.

Die Brüder Michael



ROMAN von WOLFGANG MARKEN

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU

13. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Warum? — O, nicht so vorschnell, mein Lieber, und versuche bitte nicht, Hanna zu einem stillschweigenden Zurückziehen zu veranlassen, du würdest eine recht unangenehme Abfuhr erleben."

„Ja, aber Hanna wird sich doch keinem Eklat aussetzen!"

„Hanna wird nur das tun, was deine Frau vor dreißig Jahren auch getan hätte, und auch noch tun würde: Zu dem Mann der Liebe halten."

In des Mannes Augen trat ein Leuchten. Er trat zu seiner Frau und küßte ihr die Hand.

„Wir Männer wissen gar nicht, was wir an euch Frauen haben."

Die alte Frau errötete, und in ihrem Herzen war ein stolzes Freuen darüber, daß das Band der Liebe geknüpft vor mehr als dreißig Jahren, noch genau so ihre Herzen vereinte.

Es ist das köstlichste Gefühl im Alter.

* * *

Die Zeitungsnachricht über die Verhaftung der Brüder Michael wirkte mit der Wucht einer Sensation.

Nicht nur Berlin, sondern das ganze deutsche Volk nahm den regsten Anteil an dem Fall.

Das gesamte Sportlager war in hellster Aufregung.

Als die Brüder mit dem Auto in Berlin eintrafen, wurden ihnen im Untersuchungsgefängnis zwei getrennte Zimmer, keine Zellen angewiesen.

Die Brüder legten sich unverzüglich schlafen. Eine gewisse Erregung machte sich natürlich auch bei ihnen bemerkbar, aber sie waren sich ihrer Unschuld bewußt und schliefen daher gut und lange, so daß der Beamte den Kopf schüttelte, als er früh um halb neun Uhr durch die Öffnung in der Tür Klaus immer noch schlafen sah.

Um halb zehn Uhr bat Werner, eine Viertelstunde später Klaus um das Frühstück, und sie aßen mit sichtlich gutem Appetit.

Vormittags elf Uhr stand Klaus Michael vor dem Untersuchungsrichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Wehle, einem temperamentvollen Herrn in den Fünfzigern.

Das sichere Auftreten, sowie die männliche Schönheit verfehlten auch auf den Juristen ihre Wirkung nicht.

„Bitte, wollen Sie Platz nehmen, Herr Klaus Michael", sagte er so außergewöhnlich höflich, daß der Protokollant staunte.

Ehe er begann, trat Staatsanwalt Dr. Wälfung ein. Ein hämisches Lächeln lag auf seinen Zügen, kaum merklich zwar, aber Klaus sah es doch.

Der Staatsanwalt nahm Platz, um der Vernehmung des Angeklagten beizuwohnen.

„Herr Klaus Michael, geboren am 11. April 19 . ., als Sohn des Dr. med. Michael in Erfurt — die Personalien stimmen doch? — Sie sind angeklagt, den Sohn des Kommerzienrats Michael, Erich Michael, in der Nacht vom 29. zum 30. Juni erschossen zu haben."

„Einen Augenblick, Herr Untersuchungsrichter. Ehe Sie weitere Worte in der Angelegenheit sprechen, möchte ich bitten, daß sich Herr Dr. Wälfung entfernt."

„Der Herr Staatsanwalt ist befugt, der Vernehmung beizuwohnen."

Klaus zuckte die Achseln. „Das ist mir sehr gleich. Ich will Ihnen restlos Rede und Antwort stehen, aber nur Ihnen. Solange dieser Herr anwesend ist, verweigere ich jede Aussage."

Der Staatsanwalt war wütend. Zu seinem Kollegen sich wendend, sagte er erregt: „Machen Sie den Angeklagten auf das ungesetzliche seiner Forderung aufmerksam."

Ganz ruhig sagte Klaus: „Ist es nicht zehnmal ungesetzlicher, einen unschuldigen Menschen seiner Freiheit zu berauben?"

„Es wird Ihnen verdammt schwer werden, Ihre Unschuld zu beweisen."

Klaus schwieg beharrlich, so daß sich nach einer längeren Pause der Untersuchungsrichter gezwungen sah, den Staatsanwalt zu bitten, sich zurückzuziehen.

Der Staatsanwalt bebte vor Wut, aber er sah ein, daß der Untersuchungsrichter nicht anders konnte, und ging.

Krachend schlug er die Tür zu.

Die Vernehmung begann.

Dr. Wehle war natürlich verärgert und leitete die Untersuchung ziemlich heftig ein.

„Herr Michael, Sie sind angeklagt des vorsätzlichen Mordes an Erich Michael, dem Sohne des Kommerzienrats Andreas Michael. Ich ersuche Sie, alle Fragen klar und ohne Umschweife zu beantworten. Die Indizienbeweise für Ihre Schuld sind für Sie erdrückend. Ich empfehle Ihnen von vornherein, ein offenes Geständnis abzulegen und die Milde des Gerichtshofes anzurufen."

„Ich habe nichts zu gestehen, Herr Untersuchungsrichter."

Dr. Wehle machte eine kurze Pause, dann stellte er seine Fragen.

„Seit wann kannten Sie den Ermordeten?"

„Seit Mitte März. Ich sah ihn anläßlich eines Gesellschaftsabends bei Frau von Syrtinghall, ohne mit ihm zusammenzukommen. Wir haben bis zu jenem Abend, an dem ich ihm eine Ohrfeige gab, nicht die allergeringsten Beziehungen zueinander gehabt."

„Die Angabe bestätigt sich durch die Aussage zweier Zeugen. Wollen Sie angeben, aus welchem Grunde es zwischen Ihnen und dem Ermordeten zu jener tätlichen Auseinandersetzung kam?"

„Sehr gern. Erich Michael ließ in meiner Gegenwart beleidigende, ehrabschneiderische Aeßerungen über Fräulein Hanna Eschler fallen. Ich war darüber so empört, daß ich ihm daraufhin eine Ohrfeige gab."

„Bestehen zwischen Ihnen und Fräulein Eschler engere Beziehungen?"

Kurz erwiderte Klaus: „Das gehört nicht hierher. Meine Handlungsweise war in dem Augenblick lediglich die eines anständigen Menschen."

Die Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Dr. Wehles Ton wurde achtungsvoller.

„Sie werden nicht bestreiten, daß von dem Augenblick an zwischen Ihnen und dem Sohn Ihres Stiefbruders eine offene Feindschaft bestand."

Klaus merkte, daß die Frage verfänglich war.

„Sie irren. Der Tote war mir so gleichgültig wie irgendein Fremder, und ich habe noch nie einen Ehrabschneider — ich vermag es nicht, dem Toten diesen Vorwurf zu ersparen — meiner Feindschaft für wert gehalten."

„Seien Sie offener. Es ist ja verständlich, daß Sie den Toten auf Grund dieses Vorganges haßten."

„O, nein, ich haßte ihn nicht, ich verabscheute ihn nur. Im übrigen war er mir gleichgültig."

Der Untersuchungsrichter lenkte ab.

„Sie leugnen also, daß von dem Augenblick der Tätlichkeiten an eine Feindschaft zwischen Ihnen und dem Toten bestand. — Wollen Sie mir mitteilen, wo Sie am Sonntag, dem 29. Juni, waren?"

„Gern. Von halb vier bis abends neun Uhr bei Frau Eschler-Hochheim, Berlin-Grunewald, beziehungsweise bei Fräulein Hanna Eschler. Frau Eschler-Hochheim stellte uns ihren Kraftwagen zur Verfügung, und wir fuhren über Treptow nach Hause. Um halb elf Uhr langten wir an."

„Gut. Die Angaben stimmen. Zur Hauptsache nun. Sie ließen am Treptower Park halten und verließen das Auto. Etwa zwanzig Minuten weilten Sie im Park, kamen ärgerlich zurück und fuhren nach Hause. Stimmt das?"

„Ja."

„Warum ließen Sie dort halten?"

„Erich Michael bat mich brieflich zu einer Besprechung im Treptower Park. Als Treffpunkt bezeichnete er das große Rondell."

„Besitzen Sie den Brief noch?"

„Es wäre möglich, daß er sich noch unter meinen Sachen in Lichterfelde befindet."

„Unter Ihren Briefschaften und Papieren hat sich nichts gefunden."

„Das ist wohl möglich. Anscheinend ist er dann in den Papierkorb gewandert."

„Bedauerlich für Sie. Wußten Sie, was der Ermordete von Ihnen wollte?"

„Nein."

„Warum sind Sie dann der Aufforderung gefolgt? Auf Grund des Vorhergegangenen mußten Sie doch den Brief, ohne an eine Erledigung zu denken, in den Papierkorb werfen."

Klaus schwieg eine Weile. Dann sagte er zwar zögernd, aber doch völlig ruhig:

„Das — war auch meines Bruders Meinung. Aber ich bin doch gegangen. Ich nahm an, daß er sich vielleicht entschuldigen wollte."

„Hm. — Nun weiter. Sie verließen also das Auto und suchten Erich Michael?"

„Ganz recht. Ich betrat den Park. Es war gegen zehn Uhr und reichlich dunkel. Es war am Abend sehr bewölkt. Der Park war an dem Abend wie ausgestorben."

„Sie trafen Erich Michael?"

„Nein. — Am verabredeten Platze wartete ich eine Viertelstunde, dann ging ich zurück, ohne ihn getroffen zu haben."

„So. — Und dann fuhren Sie nach Hause und sind am nächsten Tage nach Thüringen gereist?"

„Sie wissen es so gut wie ich."

„Ganz recht. Ich würde aber an Ihrer Stelle offener sein. Ihre Kaltblütigkeit an sich ist ja bewundernswürdig."

„Sie irren, Herr Untersuchungsrichter. — Ich bin lediglich ruhig, weil ich keine Schuld trage."

Dr. Wehle empfand fast Sympathie für Klaus, aber er bezwang sie.

„Wie war das Verhältnis zu Ihrem Stiefbruder, dem Kommerzienrat Michael?"

„Wir waren völlig auseinander."

„Was veranlaßte das Zerwürfnis?"

„Mein sehr vermögender Stiefbruder zwang mich, unseres Vaters Gut, den Michaelshof, zu verkaufen. Ich habe sehr an dem Hof gehangen, und darum hat jedes persönliche Verhältnis zwischen dem Kommerzienrat und uns Brüdern aus meines Vaters zweiter Ehe aufgehört."

„Ganz recht. — Der Kommerzienrat steht jetzt kinderlos da. Wenn er einmal stirbt, dann erben Sie und Ihr Bruder bestimmt mit."

„Darüber haben wir uns nie den Popf zerbrochen."

„Wenn Sie miterben, dann würden Sie leicht in die Lage versetzt, den Michaelshof zurückkaufen zu können. Sie haben seinerzeit den Verkauf nur mit einer Rückkaufsklausel getätigt. Stimmt das?"

„Durchaus. Und weiter?"

„Auf den Kopf sage ich es Ihnen zu: Sie haben Erich Michael erschossen, um auf diese Weise Ihren Stiefbruder mitzubeerben. Nur auf diese Weise konnten Sie jemals daran denken, den Michaelshof zurückkaufen zu können, denn bei dem Krach der Bankfirma Salvey u. Schlosser haben Sie Ihr Vermögen eingebüßt."

Da stand Klaus auf.

„Unsinn, Herr Wehle!"

„Gestehen Sie es ein, Herr Michael. Sie haben bei der Tat im Affekt gehandelt."

„Ich bin an der Tat ganz unbeteiligt. Das ist mein letztes Wort, Herr Untersuchungsrichter. Schuldig pressen lasse ich mich nicht, denn meine Hände — sind rein."

Enttäuscht ließ ihn der Untersuchungsrichter in die Zelle führen.

Die Vernehmung Werners endigte mit dem gleichen negativen Ergebnis.

*

Am Abend wunderte sich Oberlandesgerichtsrat Dr. Wehle sehr, als ihm Herr Eschler-Hochheim gemeldet wurde.

„Als sich die Herren gegenübersaßen, ging der Industrielle sofort auf den Zweck seines Besuches ein.

„Sie leiten die Untersuchung im Falle Michael, Herr Doktor?"

„Ja. Der größte Kriminalfall in diesem Jahre. Ein sehr schwerer Fall. Haben Sie ein besonderes Interesse daran?"

Der Industrielle nickte. Verwundert schaute der Landgerichtsrat auf ihn und meinte dann: „Es ist merkwürdig, wie viele der Fall Michael interessiert."

„Ich bin persönlich weniger interessiert, obwohl ich bedaure, daß unsere phänomenalen Kurzstreckenläufer durch den Fall vielleicht außer Gefecht gesetzt werden. Es handelt sich, ganz offen gesprochen, Herr Doktor, um meine Nichte, die — Klaus Michael liebt."

Dr. Wehle ließ einen Ausruf des Bedauerns hören und schüttelte dann den Kopf.

„Das bedaure ich lebhaft, denn es muß mit der Schuld und damit mit der Verurteilung der Brüder gerechnet werden. Der Indizienbeweis ist ein selten geschlossener."

Der Industrielle war aufs höchste betroffen.

„Und die Brüder Michael?"

„Leugnen jede Schuld. Entweder handelt es sich um den ungeheuerlichsten Justizirrtum, oder — es sind zwei ganz geriebene Verbrecher mit Nerven aus Stahl."

„Und Ihre Meinung, Herr Doktor — wenn ich fragen darf?"

Der Oberlandesgerichtsrat spielte mit den Fingern auf der Tischplatte. Er zögerte mit der Antwort, denn er war sich selbst noch nicht völlig klar.

„Es ist sehr schwer, Herr Eschler-Hochheim, eine feste Meinung zu bilden. Der Indizienbeweis ist, wie gesagt, lückenlos, und doch erklären beide Michaels, vollkommen unschuldig zu sein, und ihr Wesen ist so sicher, daß man, wenn man sie sieht und hört, sich sagen muß: Die Männer können nicht schuldig sein. Ihre Aussagen sind völlig gleich, weichen nie, auch nicht im kleinsten, voneinander ab. Glauben Sie mir, der Fall wird den Juristen manche unruhige Stunde machen. Kennen Sie die Brüder Michael persönlich?"

„Leider nein."

„Zwei schöne, schlanke Menschen, deren Auftreten besticht, obwohl sie sich natürlich geben und bestimmt nicht darauf eingebildet sind. Ich kann es verstehen, daß sich ihnen die Mädchenherzen zuwenden. Bedauerlich ist natürlich, daß Ihre Nichte gerade an Klaus Michael Gefallen gefunden hat. Denn, wenn nicht Zeichen und Wunder eintreten, wird er bestimmt verurteilt, muß auf Grund des Indizienbeweises verurteilt werden."

„Wann wird voraussichtlich die Hauptverhandlung sein?"

„Nicht vor Oktober."

„Wissen Sie, wer die Verteidigung der Brüder führt?"

„Justizrat Leverkom."

„Du lieber Gott! Wie kommt denn der dazu?"

„Ganz einfach, die Brüder weigerten sich, einen Anwalt zu nehmen, daraufhin bestimmten wir den Justizrat als Verteidiger."

„Würden die Brüder gegen eine Kaution, sagen wir einmal, zwei Millionen Goldmark, auf freiem Fuße belassen werden?"

„Nein. — Sie auf freiem Fuße belassen, ist unmöglich."

Daraufhin empfahl sich der Industrielle und fuhr zu Justizrat Leverkom.

Der alte Herr, aufgemacht wie ein Modegirl, empfing ihn mit ausgesuchter Höflichkeit.

„Ich hätte gern einmal mit Ihnen über die Brüder Michael gesprochen."

Der Justizrat erhob sich ungestüm.

„Auch Sie! Sie sind nun schon der siebente heute."

„Ich verstehe Sie nicht recht, Herr Justizrat."

„Ganz verrückter Zustand ist das. Rein närrisch gebärden sich zahlreiche Freunde der Michaels, haben mich himmelhoch gebeten, alles zu tun, um die Unschuld der Brüder Michael nachzuweisen. Einer verstieg sich sogar, mir zehntausend Mark anzubieten, wenn ich die Brüder freibekomme. Halb verrückt vor Besorgnis sind alle um sie, und das tollste ist — die Brüder lehnen jede Orientierung, überhaupt jede Verteidigung ab. Sie verweigern jede Auskunft. Ich kann mich nur nach den Akten richten."

Der Industrielle ließ den Erguß des Justizrats über sich ergehen, ohne ihn zu unterbrechen. Dann griff er ein und fragte höflich:

„Was halten Sie denn davon, Herr Justizrat?"

Ohne Besinnen sagte der alte Rechtsanwalt: „Ich halte die Angeklagten für unschuldig, das muß ich freiweg gestehen, obwohl ich ihnen eigentlich recht böse bin."

„Das ist ein gutes Wort, Herr Justizrat, und dafür will ich Ihnen zu Hilfe kommen. Hören Sie folgendes: Meine Nichte liebt Klaus Michael und Klaus Michael ist ihr herzlich zugetan. Halten Sie es für wahrscheinlich, daß er einen Mord um Geldes willen auf sein Gewissen nimmt, er, der durch die Verbindung mit meiner Nichte mindestens zwanzigfacher Millionär wird? Sie werden vielleicht auch schon gehört haben, daß Hanna Eschler, in Wirklichkeit Hanna Eschler-Koldeweg, eine der reichsten Erbinnen Deutschlands ist, vielleicht die reichste — denn auch mein Vermögen wird auf meine Nichte übergehen, da wir kinderlos sind."

Der Justizrat staunte und wußte eine Weile gar nichts zu sagen. Dann sprang er auf und strich sich erregt die Glatze.

„Herr Eschler-Hochheim, das ist eine Mitteilung, die nicht mit Gold zu bezahlen ist! Mit diesen Argumenten schlagen wir auch den Staatsanwalt Wälfung, der Himmel und Hölle in Bewegung setzen möchte, damit die Brüder Michael verurteilt werden."

„Wie ist das möglich?"

„Tscha! Er haßt sie jedenfalls wie der Tod und hat es einzurichten vermocht, daß er die Sache übertragen erhielt. Er ist unser schärfster Staatsanwalt."

„Kann man ihn denn nicht als befangen ablehnen?"

„Das dürfte unmöglich sein."

Die Herren unterhielten sich noch zwei Stunden lang.

Als Eschler-Hochheim am Abend seiner Nichte gegenübersaß, sagte er zu ihr in warmem, herzlichen Tone:

„Hanna, ich mache morgen im Untersuchungsgefängnis einen Besuch. Willst du mitkommen?"

Hanna starrte ihn hilflos an.

„Zu — Klaus?" fragte sie ganz leise.

Er nickte nur. Da faßte sie seine Hand und drückte sie.

„Hab vielen Dank. Du bist gut, Onkel."

„Ich kann doch unser Töchterchen nicht im Stiche lassen."

Es sollte scherzhaft klingen, aber der Ton war doch so innig und herzlich, daß ihn Hanna immer verwunderter ansah.

„Was schaust du mir denn so in die Seele, Kindchen? Hast wohl gedacht, ich hab nur immer Geschäfte im Kopf. So schlimm ist dein Onkel nie gewesen, Kind. — Sieh, wir wünschten uns so gern ein Kindchen, aber der Himmel wollte es nicht. Das schreckliche Unglück, das deinen Eltern das Leben kostete, wurde nun für uns ein großes Glück, so seltsam es auch klingen mag."

So lange hatte der Onkel noch nie gesprochen. Aber sein Redestrom war noch nicht versiegt. Zärtlich strich er dem Mädchen über den braunen Scheitel und sagte:

„Soviel Glück ist durch dich in unsere Ehe gekommen — da wäre es doch wahrlich schlimm, wenn wir für unserer Hannas Glück uns nicht ein wenig rühren wollten."

13.

Der einstige Farmer Ottensee saß im D-Zug und erwartete sehnsüchtig den Augenblick, da sein Ziel, Berlin, erreicht war.

Alles in ihm war zum Zerreißen gespannt, und immer wieder mußte er an den Brief der Dienerin denken, der das erste Lebenszeichen von seinem Kinde war. Wie eine Abrechnung waren die wenigen Zeilen, die ihn aufforderten, zu kommen.

„Ueber zwanzig Jahre haben Sie sich nicht um Ihr Kind gekümmert, es dem Schicksal überlassen und nicht gefragt, was mit ihm geschah. Kommen Sie rasch und geben Sie Ihrem Kinde die Heimat."

Immer wieder tauchten die Zeiten vor seinen Augen auf und peinigten ihn.

Erlöst atmete er auf, als Berlin endlich erreicht war.

Ein Auto brachte ihn rasch zu seinem endgültigen Ziel.

„M. von Syrtinghall", las er.

Das Herz schlug ihm heftig, als er läutete. Eine Ewigkeit dünkte ihm der Augenblick des Wartens.

Es wurde geöffnet.

Frau Maya selbst stand im Rahmen der Tür. Totenbleich wurde sie, als sie den Mann sah. Sie wußte sofort, daß ihr Vateer vor ihr stand.

Des alten Mannes Augen hingen an dem schönen, jungen Weib. Regungslos stand er und starrte sie an.

„Ich möchte — zu Frau von Syrtinghall", brachte er endlich hervor.

Mit stummer Gebärde lud sie ihn ein, näherzutreten.

Willenlos folgte er ihr. Als sie im großen Wohnzimmer einander gegenübersaßen, sagte Frau Maya: „Ich selbst bin Frau von Syrtinghall."

Er hatte es geahnt vom ersten Augenblick an, und bei ihrem Anblick war seine Seele voll Staunen. Sprechen wollte er und fand doch keine Worte. Er sehnte sich, sie Tochter zu nennen und scheute sich davor. Sein Herz pochte ungestüm, und eine heiße Angst war in ihm, als Frau Maya jetzt ihre Augen ihm voll zuwandte.

Voll unendlichen Wehs waren diese Augen. Ein unsägliches Leid, kein Grollen, das Weinen eines verlassenen Kindes schrie aus ihnen.

So hatte ihn sein Weib voll heißer Angst in der Todesstunde angesehen.

„Ich bin Ottensee — ich — ich bin gekommmen —"

Er brach jäh ab. Ein Würgen war in seiner Kehle. Heiß faßte er nach ihren Händen.

„Ich bin es doch — dein Vater!" rief er mit bebender Stimme.

„Ich weiß es", sagte sie unsäglich müde. Er wartete noch, daß sie weiterspräche, aber sie schwieg, nur ihre leiderfüllten Augen trafen ihn.

„Sag ein Wort!" bat er.

„Es ist gut, so gut, Vater, daß du kommst — daß ich ein Zuhause habe. Einen Winkel zum Ausruhen und Sterben."

„Nicht sterben, Kind. Jetzt soll's erst für uns anfangen."

Ottensee strich ihr über das Haar.

„Du Arme, wie müssen dich die Menschen gequält haben! Nie werde ich aufhören, mir Vorwürfe zu machen, daß ich meine Tochter allein dem Leben auslieferte. Willst du mir nicht dein Herz öffnen, Kind?"

Sie ergriff dankbar seine Hände.

„Vater, ich bin so voll Sorge. Ich kann es noch nicht begreifen, daß Werner verhaftet sein soll."

„Wer ist Werner?"

„Der Mann, den ich lieb habe. Unsäglich, Vater, Werner Michael."

„Werner Michael? — Hat er einen Bruder Klaus?" Aufs höchste erregt, fragte der Farmer.

„Ja, Vater."

„Gott im Himmel, wie seltsam spielt das Schicksal. — Nein, Kind, ein Michael ist ein Ehrenmann."

(Fortsetzung folgt.)

Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung

Nr. 133 — Drittes Blatt — Freitag, den 11. Juni 1926

Aus Westdeutschland

Der Verkehr im Dortmunder Hafen.

Dortmund. Im Monat Mai 1926 sind im Dortmunder Hafen 306 beladene und 79 leere Schiffe, d. h. insgesamt 385 Schiffe mit 158 545 To. Gütern angekommen und 170 beladene und 280 leere Schiffe, d. h. insgesamt 450 Schiffe mit 82 159 To. Gütern abgegangen. Der Gesamtgüterumschlag betrug im Monat Mai 1926 240 703 To. Der Gesamtgüterumschlag vom 1. Januar 1926 bis 31. Mai 1926 beträgt 1 084 155 To.

Ueberfahren

Dortmund. Auf der Strecke Herdecke—Dortmund wurde gestern der Schneidergeselle Franz Gusit aus Altona überfahren. Er starb auf dem Transport zum Bahnhof Dortmund-Süd. Nach Aussagen des Personals hat sich der Tote in selbstmörderischer Absicht vor den Zug geworfen, nach Behauptungen anderer Augenzeugen ist er durch Zufall überfahren worden.

Verkehrsverbesserung in Dortmund

Dortmund. In Dortmund soll demnächst eine Anzahl von Kleinkraftdroschken in Betrieb gestellt werden, und zwar die ersten auf dem Halteplatz an der Reinoldikirche im Laufe dieser Woche. Die Fahrpreise betragen ¾ des Fahrpreises des demnächst zur Einführung kommenden Autodroschkentarifs für Kraftdroschken. Der Fahrpreis stellt sich bei Tage ohne Leerfahrt für den ersten Kilometer auf 90 Pfennig, für jeden weiteren Kilometer auf 45 Pfennig, bei Nacht von abends 11 bis morgens 6 Uhr ohne Leerfahrt und am Tage mit Leerfahrt für den ersten Kilometer 1,05 Mark, für jeden weiteren Kilometer 50 Pfennig, bei Nacht mit Leerfahrt für den ersten Kilometer 1,20 M., für jeden weiteren Kilometer 75 Pf. Als Leerfahrt gelten An- und Rückfahrt von mehr als 2 Kilometer.

Schwarzhörer

Aplerbeck. Der Schlosser Robert R. hatte eine neue Radioanlage mit Antenne gebaut, ohne vom Telegraphenamt die Konzession erhalten zu haben. Er wurde zu 25 M Geldstrafe beziehungsweise 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Apparat wird vom Staat eingezogen.

Ehrenmal

Holzwickede. Mit dem Bau des Ehrenmals der 130er ist begonnen worden. Zunächst verlangt das Land große Planierarbeit, um erst eine gewisse gerade Tragfläche zu bekommen. Hoffentlich setzt man im angefangenen Tempo fort.

Gefährliche Hundetreue

Buer. Daß Hundetreue auch gefährlich werden kann, bewies ein etwas merkwürdiger Vorfall in Buer-Erle. Dort beschloß ein Wirt in Gemeinschaft mit zwei Bergleuten, seinen alten Jagdhund mit einer Dynamitpatrone zu töten. Sie gingen ins freie Feld hinaus, banden das Tier an einem Baum fest und befestigten die Patrone auf dem Rücken, steckten die Zündschnur in Brand und liefen im Galopp davon. Der treue Hund wollte aber seinen Herrn nicht im Stich lassen, zerriß nach einigem Zerren die Schnur und eilte in Riesensprüngen hinter den Dreien her. Die drei sahen mit Entsetzen den Hund nahen. Noch 10 m und der Hund hat seinen Herrn erreicht — da explodiert die Dynamitpatrone mit tosendem Knall. Vom treuen Tyras ist nichts mehr zu sehen; die drei Begleiter liegen zitternd am Boden ohne jedoch irgendwie Schaden zu nehmen. Bezüglich der Dynamitpatrone dürfte die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Zum Gesteinstaubverfahren

Oberhausen. Hier tagte eine Konferenz der im Gewerkverein Hirsch-Dunker organisierten Betriebsratsmitglieder des Ruhrbezirks. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der auch zum Gesteinstaubverfahren Stellung genommen wurde. Dieses Verfahren brtnge auf einer Reihe von Schachtanlagen große gesundheitliche Nachteile für die Arbeiter mit sich, insbesondere da, wo die Bestäubung nicht vorschriftsmäßig vor sich gehe. Bei der Bestäubung mit großen Schaufeln dringe der Staub nicht überall dorthin, wohin er gehöre, umso größere Mengen kämen dabei aber auf die Sohlen der Strecken. Beim Durchfahren dieser Strecke entständen dann ständig Staubwolken. Der Staub dringe in die Atmungsorgane der Arbeiter. Es sei auch nicht richtig, daß die Bestäubung in der Förderschicht geschehe. Vor allem wurde eine Bestäubung vor den Betriebspunkten von einzelnen Rednern abgelehnt.

Mord

Düsseldorf. Der 59 Jahre alte Klempner Ludwig Giesen hatte eine Auseinandersetzung mit seiner 54 Jahre alten Ehefrau, in deren Verlauf er, wie schon häufig, zu Tätlichkeiten überging. Er nahm schließlich einen Maurerhammer und schlug damit in brutaler Weise auf seine Frau ein, wobei er ihren Schädel zertrümmerte. Nachdem er diese Tat vollbracht hatte, überließ er die Frau ihrem Schicksal, verschloß die Tür u. entfernte sich. Die Bewohner des Hauses wurden durch das Stöhnen der Schwerverletzten aufmerksam, benachrichtigten deren Tochter und fanden, nachdem sie die Tür gewaltsam geöffnet hatten, die Frau blutüberströmt auf dem Boden liegen. Die Frau starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, im Hospital. Es gelang der Polizei, den Täter zu ermitteln und festzunehmen.

Neuwahl für ungültig erklärte Bürgermeistereiratswahl

Eckamp. Durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts sind die Wahlen zur Bürgermeistereivertretung in den zu einem Wahlbezirk vereinigten Gemeinden Eggerscheid und Hösel für ungültig erklärt worden. Für die Neuwahl waren vier Wahlvorschläge eingegangen. Die Wahlbeteiligung war mäßig. Gewählt wurden Landwirt Peter Stinshoff und Fabrikant Johannes Tasch, beide Hösel, von der Bürgerliste Hösel-Eggerscheid und Kesselschmied Werner Körser in Eggerscheidt von der sozialdemokratischen Liste. Die Listen des Zentrums in Eggerscheidt und der vereinigten Bürger und Gewerbetreibenden in Hösel fielen aus. Die politische Zusammensetzung ist gegen die erste Wahl unverändert.

Ueberfall auf der Landstraße.

Sonsbeck. Auf der Landstraße Kapellen-Sonsbeck wurde der Sohn des Freiherrn von der Heyden-Rynsch besinnungslos aufgefunden. Nach Angabe seines Bruders ist der Verunglückte von seinem Vater zum Arzt nach Sonsbeck geschickt worden. An der genannten Stelle wurde er plötzlich vom Rade geworfen, wobei er die Besinnung verlor. Seine silberne Uhr und sein Taschenmesser sind ihm abhanden gekommen. Nähere Angabenn konnte der Besinnungslose noch nicht machen.

Wieder ein Schützenfest in Mörs.

Mörs. Das alte historische Mörser Bürgerschützenfest, das zum letzten Male vor nunmehr 16 Jahren gefeiert wurde, lebt in diesem Jahre wieder auf.

Heimatsinn einer Taube

Mörs. Im Herbst 1923 kam ein Täuber mit der Ringnummer 01 951—21—360 vom Schlage Puyh in Calcar abhanden. Wie groß war das Erstaunen des Taubenbesitzers als er nach fast drei Jahren den verschwundenen Täuber am Schlage vorfand, wie dieser vollständig ermattet seinen alten Platz, den er sofort eingenommen hatte, gegen die anderen Tauben zu behaupten suchte. Das Tierchen hatte augenscheinlich eine sehr weite Reise hinter sich, da es vollständig erschöpft war.

Solinger Theaterpläne.

Solingen. Die Solinger Theaterkommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den Plänen für die Spielzeit des kommenden Winters. Bekanntlich sind im diesjährigen Etat für Theater und Konzerte zusammen 20 000 M vorgesehen. Der Kommission lagen fünf Anträge für Gastvorstellungen vor, wovon die Vorschläge des Bühnenvolksbundes Solingen sowie der Vereinigten Stadttheater Düsseldorf den meisten Anklang fanden. Die Kommission einigte sich dahin, daß für Opern und Operetten nach Möglichkeit die Vereinigten Stadttheater Düsseldorf und für Schauspiele der Bühnenvolksbund gewonnen werden sollen. Zu einer Beschlußfassung kam die Kommission noch nicht; die nunmehrigen Forderungen sollen zunächst nochmals geprüft werden. — Vorgesehen ist, die nach dem Etat zur Verfügung stehenden 20 000 Mark wie folgt zu verwenden: für Opern und Operetten etwa 12 000 M, für Schauspiele etwa 1000 M und für Konzerte etwa 6000 M.

Von der Mähmaschine erfaßt.

Pfalzdorf (Niederrhein). Ein hiesiger Landwirt hatte beim Mähen von Klee sein kleines Kind bei sich, das er jedoch nach Hause geschickt hatte. Das Kind hatte sich, ohne das es der Vater merkte, in den Klee gelegt. Beim Weitermähen wurde es von der Maschine erfaßt und ihm die linke Hand vollständig abgeschnitten.

Originelle Hunde-Kundgebung in Hilden

Hilden. Die Hildener Hundebesitzer hielten eine Protestkundgebung gegen die beabsichtigte starke Erhöhung der Hundesteuer ab. Darauf zog ein Demonstrationszug unter Vorantritt eines Tambourkorps durch die Stadt, bei dem die teurer werdenden Hunde in größter Zahl mitgeführt wurden. Auf dem Markt fand eine Kundgebung der Hunde selbst statt, die auf ein gegebenes Zeichen ein einstimmiges Geheul anstimmten.

Tödlicher Unglücksfall

Norf. Im Kuckhof scheute das Pferd vor dem Wagen eines Kölner Händlers. Der Wagen schlug um und fiel auf den Mann, der tödliche Verletzungen davontrug. Die auf dem Bock sitzende Frau erlitt nur leichte Kopfverletzungen.

Schutz gegen Hochwasser.

Koblenz. Die Stadtverwaltung wird im Laufe des Sommers mit sechsmonatiger Bauzeit den bei den letzten Hochwasserkatastrophen stark heimgesuchten Vorort Lützel mit einem Schutzdamm umsichern. Der Damm soll ein Meter höher sein als das letzte Hochwasser stand und oben drei Meter breit sein. Die Steigung des Dammes soll moselaufwärts 1 : 3 und landeinwärts 1 : 2 betragen. Die obere Breite und der landeinwärts liegende Damm soll mit einer Grünanlage versehen sein. Der Damm beginnt an der alten Moselbrücke und wird über 1000 Meter lang sein. Es ist vorgesehen, in dem Damm eine schmale Einfahrtstelle zu lassen, um den Durchgangsverkehr zu ermöglichen. Im Gefahrsfalle wird die Einfahrtstelle geschlossen. Weiter ist die Aufstellung von Saugpumpen vorgesehen.

Die unerwünschten Reparations-Kohlenlieferungen

Der Versailler Vertrag sinnlos

Der Dawesplan undurchführbar

Berlin, 9. Juni. Aus Belgien ist gemeldet worden, daß die belgische Regierung auf die deutsche Reparationskohle verzichten wolle und das für die Verteilung der Reparationskohlen geschaffene belgische Kohlenkontor mit dem 1. August d. J. aufhöre. An deutscher Stelle liegt die Kündigung der Lieferungen von Reparationskohlen durch Belgien vor. Es schweben Verhandlungen mit Belgien über den Zweck und die Bedeutung dieser Kündigung. Das belgisch-deutsche Programm der Reparationskohlenlieferungen beträgt für die Monate Mai, Juni, Juli monatlich 233 000 Tonnen u. war schon gegenüber dem vergangenen Dreimonats-Programm nicht unerheblich niedriger. Auffallend ist, daß die belgischen Blätter gleichzeitig melden, daß der Bar-Transfer angenommen werden solle. Das Transfer-Komitee sei der Ansicht, daß Deutschlands wirtschaftliche Lage die Bar-Transferierung einiger Stimmen ermögliche. Das legt den Gedanken nahe, daß Belgien an Stelle der Reparationskohlen-Lieferungen Barzahlung haben möchte. Belgien könne aus der Annuität des laufenden Reparationsjahres keine Barzahlung erhalten, weil sein Anteil an den Reparationszahlungen durch Kredite aufgebraucht sei. Tatsächlich schweben darüber Erwägungen, bei dem Transfer-Komitee im Herbst dieses Jahres den Versuch einer Bartransferierung zu machen. Das neue Reparationsjahr beginnt am 1. September d. J. Vielleicht hat Belgien deshalb die Reparationskohlen-Lieferungen zum Ausust dieses Jahres gekündigt. Ueber die Absicht der belgischen Regierung liegen an deutscher Stelle bestimmte Erklärungen noch nicht vor. Der Widerstand gegen die deutschen Reparations-Kohlenlieferungen in Belgien geht von der belgischen Industrie aus und steht im Zusammenhang mit der Lage am Weltkohlenmarkt. Im übrigen hatte Belgien die freie deutsche Kohleneinfuhr bereits am 1. Dezember 1925 gesperrt. Mit dem Verzicht auf Reparationskohlen-Lieferungen soll gleichzeitig vom 1. September ab die freie deutsche Kohleneinfuhr wieder zugelassen werden. Der Weitervertrieb der Reparationskohlen in Belgien durch das belgische Kohlenkontor war schwierig und zeitweise verlustbringend, so daß die belgische Regierung mit ihrem Erlös aus dem Vertrieb der Reparationskohlen wahrscheinlich schlechter steht, als wenn sie Barzahlungen oder andere Sachleistungen bezöge. Die Verteilung der laufenden Dawes-Annuität verschaffte Belgien gewisse Vorteile, die vom nächsten Reparationsjahr nicht mehr in Frage kommen. Möglicherweise möchte die belgische Regierung als Ausgleich hierfür auf die Reparationskohlen verzichten, um andere Waren über Reparationskonto zu erhalten.

Für Deutschland hat die Angelegenheit zwei Seiten. Die Wiederherstellung der freien Kohleneinfuhr nach Belgien bei gleichzeitiger Einstellung der Reparations-Lieferungen würde die Schwierigkeiten hinsichtlich der Abrechnung, die jetzt das Reichswirtschaftsgericht beschäftigt, beseitigen. Das Kohlensyndikat wäre nicht mehr an einen bestimmten, vorgeschriebenen, auf Dawes-Annuität zu verrechnenden Preis gebunden, sondern könnte sich nach dem Preis im freien Markt richten. Auf der anderen Seite ist es fraglich, ob die freie Kohleneinfuhr nach Belgien die Höhe des Reparations-Lieferprogramms erreichen wird. Der Bergbau hat immerhin an dem Absatz nach Belgien ein erhebliches Interesse. Jedoch würden die Lieferungen von anderen deutschen Waren über Reparationskonto im Rahmen der Dawes-Annuität anderen deutschen Produktionszweigen Vorteile bringen. Wenn dagegen an die Stelle der Reparationskohlen nicht andere Waren, sondern Barzahlungen treten, so würde die neue Regelung eine entschiedene Verschlechterung des gegenwärtigen Programms bedeuten. Ob indessen an die Stelle der Sachleistungen ohne weiteres Barzahlungen treten können, hängt nicht von Belgien ab. Dawes-Gutachten und Londoner Schlußprotokoll enthalten hierüber bestimmte Abmachungen. Schließlich ist über die Frage der Bar-Transferierung überhaupt eine feste Entscheidung noch nicht gefallen. Es soll, wie gesagt, lediglich ein Versuch der Bar-Transferierung im Herbst gemacht werden. Von deutscher Seite wird zunächst der Zweck u. der Umfang dieser belgischen Kündigung deutscher Reparationskohlen-Lieferungen geprüft. Aber auch aus diesem Vorgang ergibt sich ohne weiteres, daß der Versailler Vertrag sinnlos und der Dawesplan nicht durchführbar ist. Mit diesem Eingeständnis auf der Gegenseite können wir immerhin zufrieden sein.

Die ersten französischen Tiefbauaufträge auf Reparationskonto

Berlin, 9. Juni. Auf Grund der Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Tiefbaugewerbe und der französischen Regierung sind nunmehr die ersten beiden Ausschreibungen auf Ausführung von Tiefbauprojekten auf Reparationskonto erfolgt. Die erste Ausschreibung betrifft umfangreiche Schleusenbauten an der Seine, die zweite den Ausbau des Verdon. Die Ausschreibungsfrist für das erste Projekt ist bereits am 31. Mai abgelaufen, die für das zweite endet am 10. d. M. Die Kosten für die beiden Aufträge betragen annähernd 30 Mill. R.M.

Der Kaufmannsgehilfe auf der „Gesolei"

Auf der großen Ausstellung in Düsseldorf ist auch der deutsche Kaufmannsgehilfe durch eine besondere Ausstellung vertreten. Diese Ausstellung (Halle 28, Obergeschoß) stellt für den Berufsstand der Kaufmannsgehilfen etwas ganz Einzigartiges dar. Sie gibt nämlich ein Bild von der Geschichte dieses Berufsstandes und seiner Standesvertretung in Vergangenheit und Gegenwart.

Die geschichtliche Darstellung beginnt mit der Wende des ersten Jahrtausends und zeigt in Bildern die Hauptentwicklungsstufen des Kaufmannsstandes. Im 13. Jahrhundert treten die ersten Gehilfen auf, die mit ihrem Herrn Not und Gefahr teilen. In den folgenden Jahrhunderten, den Blütezeiten des deutschen Handels, werden bereits planmäßig Kaufmannsgehilfen ausgebildet. Das im Original ausgelegte Rechenbuch von Adam Riese (1566) und die Originale von sehr alten Lehrbriefen dürften, wie auch andere sehr interessante historische Belegstücke, große Aufmerksamkeit erregen. Zwei Schaubilder, ein Laden und ein Kontor, versetzen den Besucher in die Stimmung der Zeit, die uns aus Gustav Freytags „Soll und Haben" lebendig ist. Hier wird auch der entschwundenen Sitte aus dem Buchhandel gedacht, wo dem auslernenden Lehrling ein Degen überreicht wurde und der Lehrherr den Lehrling im ersten Satz mit „Du" und im zweiten mit „Sie" anredete.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Berufsstand der Kaufmannsgehilfen in einer solchen Notlage, daß der Hofprediger Stöcker von einem „übermüdeten Geschlecht" sprechen konnte. Soziale Fürsorge konnte hier nur durch Selbsthilfe geschaffen werden. Eine sehr originelle Plastik, die auf der Ausstellung einzigartig dasteht, verdeutlicht die Mitgliederbewegung des aus der Not heraus 1893 gegründeten Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Entnimmt man der plastischen Darstellung, daß diese Berufsgewerkschaft gegenwärtig 271 000 Mitglieder hat, so zeigt ein humoristisches Bild, daß sie mit den Wohlfahrtseinrichtungen zusammen mehr Mitglieder betreut, als die Stadt Düsseldorf Einwohner hat.

Gerade imponierend ist, was hier über die Ausdehnung, sozialpolitische, gewerkschaftspolitische und Wohlfahrtsarbeit des DHV. durch Plastiken, Bilder, Kurven oder Originalbelegstücke vermittelt wird. Eine Tafel zeigt zum Beispiel durch aufgestapelte Balken, wieviele Gesetze in erster Linie durch den DHV. erkämpft worden sind. Soweit das nicht gelungen ist, hat aber der Verband dann die betreffenden sozialpolitischen Forderungen in dem gewaltigen Tarifvertragsnetz, an dem er beteiligt ist, festgelegt. Hier ist praktisch soziale Fürsorge für einen Berufsstand durch Selbsthilfe getrieben worden. Noch deutlicher wird das, wenn der Besucher von der Leistung der Stellenlosenkasse und dem großzügigen Plane eines Altersschutzes, der auf dem nächsten Verbandstag im Juni 1926 in München beschlossen werden soll, unterrichtet wird. Der Gesundheitspflege, dem anderen Leitmotiv der Gesolei, dient die berufsständische Krankenkasse des DHV. Bilder der Erholungsheime und Angabe der Leistungen zeigen hier wiederum eine vorbildliche Arbeit. Besonders wird auch die körperliche und geistige Ertüchtigung der Kaufmannsjugend verbildlicht. Das ausgestellte Modell der Jugendburg in Lobeda (Thüringen) zeigt gewissermaßen den sichtbaren Mittelpunkt einer 40 000 männliche kaufmännische Lehrlinge umfassenden Jugendbewegung. Die berufliche Ausbildung wird durch die ausgestellten Musterarbeiten veranschaulicht. Erstaunlich ist auch die Bildungsarbeit durch Vorträge, Lehrkurse in eigenen Schulen usw. U. a. zeigt eine Karte von Europa das Wirken und die Bedeutung des Verbandes für die großdeutsche Bewegung. Ein Belegstück der beruflichen Bildungsarbeit ist vor allem das große Handelslexikon; das in der eigenen Verlagsanstalt allergrößten Stils gedruckt wird. Wir finden auf der Ausstellung ein Riesenmodell des neuen großen Gebäudes der Hanseatischen Verlagsanstalt, das jetzt gerade mit 100 Meter Frontlänge in Hamburg-Wandsbeck fertig gestellt ist.

Alles in allem kann man sagen: die deutschen Kaufmannsgehilfen dürfen stolz sein auf diese Ausstellung, die ihre Berufsgewerkschaft auf der Gesolei veranstaltet hat.

ATA

Henkel's Scheuerpulver

Mit Ata kannst du alle Sachen Blitzblank und appetitlich machen